

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werttages. Abonnementspreis mit der illustrierten Beilage „Der Spag“ drei Haus halbmöndlich 1.10 Reichsmark, durch die Post bezogen pro Monat 2.16 Reichsmark einschließlich Bestellgeld Einzelnummer 15 Reichspfennig

Anzeigenpreis für die neuangeordnete Millimeterzeile 10 Reichspfennig, bei Verfammlungs-, Vereins-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 8 Reichspfennig, Reklamen die dreigealtene Millimeterzeile 50 Reichspfennig. Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46 Fernsprecher: 25 351, 25 352, 25 353.

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 220

Montag, 21. September 1931

38. Jahrgang

## England hebt Goldwährung auf

Neue Katastrophenstimmung in London

### Zurückziehung des französischen Kapitals?

London, 21. August (Radio)

Die englische Regierung hat am Sonntag beschlossen, die Goldwährung außer Kraft zu setzen. Ein Gesetzentwurf, der die Bank von England ermächtigt, die Einführung der Banknoten in Gold einzustellen, wird dem Parlament am Montag vorgelegt und sofort in allen Lesungen erledigt werden.

In England sind, wie in Deutschland, seit Juli ungeheure Summen, die mehr als 200 Millionen Pfund ausmachen, weggezogen worden. Diesen Anforderungen ist man teilweise mit Hilfe der Bestände an Gold und fremden Wäsluten nachgekommen, teilweise mit Hilfe der in Frankreich und Amerika eingeräumten Kredite. Von dem Beisatz der englischen Regierung werden die Verpflichtungen Englands bzw. der Bank von England nicht befreit.

Die Börse wird morgen nicht geöffnet sein, da morgen das Parlament die Annahme der notwendigen Gesetzentwürfe erledigen muß.

Die Regierung ist der Ansicht, daß die augenblicklichen Schwierigkeiten nicht auf Kapitalexport durch englische Staatsangehörige zurückzuführen seien, da die große Masse der Kapitalrückziehungen auf fremde (französische) Rechnung erfolgte.

### Diskontsatz von 4 1/2 auf 6 % erhöht

London, 21. September (Radio)

Die Bank von England hat ihren Diskontsatz von 4 1/2 auf 6 Prozent erhöht. Dieser Satz tritt ab Montag in Geltung. In

englischen Bankkreisen rechnet man damit, daß amerikanische Banken zur Stützung des englischen Pfundes neue Kredite gewähren. Inzwischen ist auch ein neuer Meinungsauustausch mit der Bank von Frankreich eingeleitet worden.

### Auch Deutschland schließt wieder die Börsen

Berlin, 21. September (Radio)

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß das preussische Handelsministerium den Börsenvorständen in Preußen angeraten hat, die Börsen wegen der Lage in England am Montag nicht zu öffnen. Es wird erwartet, daß dieser Anregung Folge geleistet wird. Man nimmt an, daß nicht nur die preussischen, sondern auch alle anderen deutschen Börsen heute geschlossen sein werden.

\*

W.B. Berlin, 21. September

Die sensationellen Meldungen aus London betreffend Suspensionierung der Goldwährung des Pfundes und die Schließung der Londoner Börsen haben den Berliner Platz vor eine neue Situation gestellt. Ein Freibörsenverkehr fand heute nicht statt, da man die Beschlüsse der um 10 Uhr begonnenen Börsenvorstandssitzung abwarten wollte. Auch am Devisenmarkt herrschte starke Zurückhaltung, da die Vergleichskurse aus England fehlen.

## Billige Lebensmittel für Arbeitslose!

Amlich wird gemeldet:

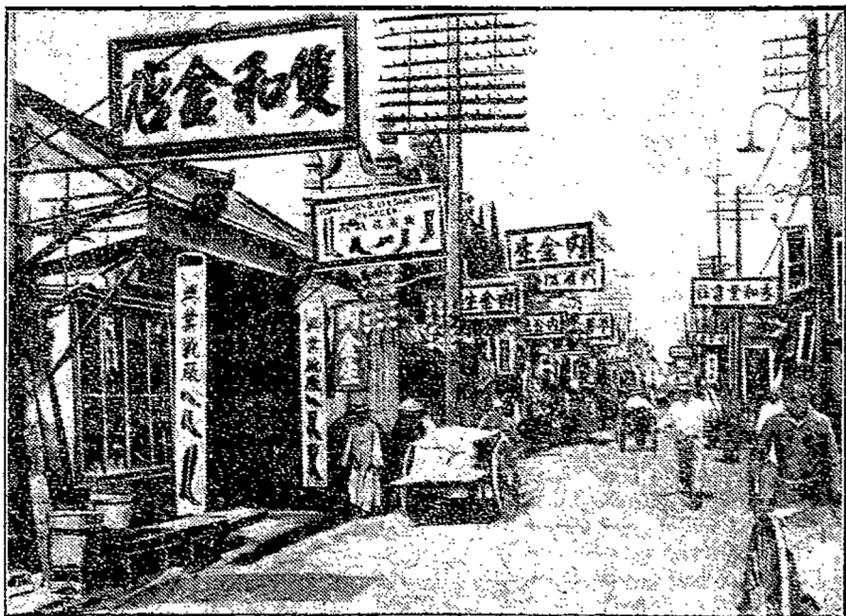
In den beiden letzten Wochen haben in den Reichsministerien mit den beteiligten Kreisen zahlreiche Besprechungen stattgefunden mit dem Ziele, eine Verbilligung des notwendigen Lebensbedarfs der Arbeitslosen für den kommenden Winter zu erreichen. Bei Verhandlungen, die im Reichsarbeitsministerium mit den Verbänden des Groß- und Einzelhandels, den Konsumgenossenschaften und dem Deutschen Industrie- und Handelstag stattfanden, haben sich bereits Handel und Konsumgenossenschaften grundsätzlich zur verbilligten Lieferung von Kartoffeln und Brennstoffen bereit erklärt. Weiter haben sie zugesagt, auf ihre Mitglieder einzuwirken, damit sie sich zu örtlichen Verhandlungen mit den Gemeinden über die Verbilligung weiterer Lebensmittel bereit finden. Der Handel fordert, daß auch die Erzeuger zu dem Spier beitragen. Verhandlungen in dieser Richtung sind vom Reichsarbeitsministerium mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie aufgenommen. Daneben laufen Verhandlungen mit den Kohlenindustriellen im Reichswirtschaftsministerium und mit dem Bäder- und Fleischhandwerk, den Brotfabriken und der Fleischwarenindustrie im Reichsernährungsministerium, die noch auf weitere Erzeugerkreise und Gewerbe ausgedehnt werden sollen.

Die Zuführung der verbilligten Lebensmittel an die Arbeitslosen soll nach Möglichkeit über den Einzelhandel und die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften geschehen. Das Verfahren soll von den Fürsorgeämtern gemeinsam mit den beteiligten Wirtschaftskreisen örtlich geregelt werden. Dabei wird auch zu entscheiden sein, inwiefern Darunterstützungen durch Sachleistungen abgelöst werden können.

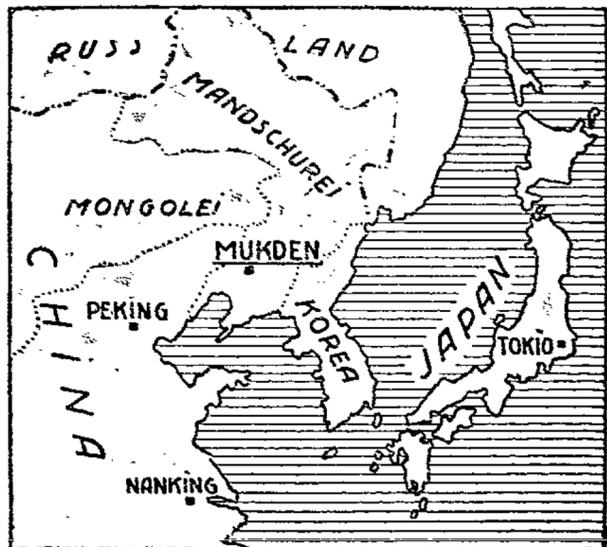
Die Reichsregierung hofft, auf diese Weise die Kaufkraft der Arbeitslosen zu stärken und kostspielige Sonderanordnungen zu ihrer Versorgung außerhalb des üblichen Handelsweges vermeiden zu können. Deshalb ist es erwünscht, daß auch die einzelnen Fürsorgeämter nicht selbständig Maßnahmen ergreifen, durch die das Ergebnis der sich ihrem Abschluß nähernden Verhandlungen beeinträchtigt werden könnte.

## Der Krieg um Mukden

Nationaltrauer in China



Ein typisches Straßenbild von Mukden



## Geheimnisvoller Selbstmord im Braunen Haus

München, 21. September

Geheimnisvolles Dunkel schwebt über dem Selbstmord, der sich am Sonnabend in der Wohnung Hitlers ereignete. Die Tote ist angeblich die 23jährige Nichte Hitlers, eine Tochter seiner Stiefschwester, die in seinem Bekanntenkreis unter dem Namen Geli bekannt und von ungewöhnlicher Schönheit war. Formell war sie seit zwei Jahren in Untermiete bei den Eheleuten einlogiert, die mit Hitler zusammenwohnen und ihm die Wirtschaft führen. Man sah sie oft in seiner Gesellschaft beim Besuch von Rinos und anderen Vergnügungststätten. Kurz nachdem Hitler die Wohnung verlassen hatte, um im Kraftwagen nach Erlangen zu fahren, schloß sich das Fräulein Geli in ihr Zimmer ein und schloß sich eine Kugel ins Herz. Die herbeigerufene Polizei öffnete und fand das Mädchen tot am Boden liegen.

\*

München, 21. September (Radio)

Der Selbstmord der Nichte Hitlers wird von nationalsozialistischer Seite damit motiviert, daß das junge Mädchen, das Gejang studierte, sich den Aufgaben, die sie sich gestellt hatte, künstlerisch nicht gewachsen fühlte und die Tat in einem Anfall von seelischer Depression beging. Von Leuten aber, die das Mädchen kannten, wird diese Motivierung nicht ernst genommen, da jedermann weiß, daß das Mädchen das musikalische Studium keineswegs so intensiv betrieb, daß eine solche Annahme zutreffen könnte.

## Notverordnung in Sachsen

Kürzung der Beamtgehälter um fünf Prozent

Dresden, 19. September (Eig. Ber.)

Die sächsische Notverordnung, die am Dienstag bekanntgegeben werden soll, wird als Hauptpunkt eine Kürzung der Beamtgehälter um fünf Prozent enthalten, ferner eine Streichung aller Zulagen bis zur Höhe von weiteren zwei Prozent des Gesamtgehalts. Die Gemeindebeamtengehälter werden ebenfalls herabgesetzt werden. Die Kreisshauptmannschaft Bautzen soll aufgehoben werden.

## Zeppelin in Südamerika glatt gelandet

Paris, 21. September (Radio)

Graf Zeppelin ist am Sonntag abend um 22.30 Uhr M.C.Z. in Pernambuco angekommen. Die Landung ging glatt vonstatten.

London, 21. September (Radio)

Die am Sonnabend zwischen japanischen und chinesischen Truppen um Mukden ausgebrochenen Kämpfe haben auch am Sonntag andauert. Aus Tokio wird gemeldet, daß es den chinesischen Streitkräften gelang, am Sonntag die östlichen Vorstädte von Mukden zurückzuerobern. Später nahmen die Japaner die Vorstädte jedoch nach schwerem Kampf wieder in Besitz. Insgesamt wurden bei den Kämpfen 35 Personen getötet und ebensoviel schwer verwundet.

Das japanische Kabinett hat am Montag beschlossen, keinerlei Aktionen mehr zu unternehmen, die eine Verschärfung der Lage herbeiführen könnte.

Paris, 21. September (Radio)

Nach einer Meldung aus Nanking hat die nationale chinesische Regierung am Sonntag eine zweite Note an die japanische Regierung gerichtet, in der die sofortige Räumung der in der Mandschurei besetzten Gebiete und die Wiederherstellung des früheren Zustandes verlangt wird. Die Note fügt hinzu, daß sich China das Recht vorbehält, „geeignete Maßnahmen für die Zukunft zu treffen“.

Auf Grund der chinesisch-japanischen Feindseligkeiten hat die chinesische Regierung angeordnet, daß der kommende Mittwoch „ein Tag der nationalen Trauer“ sein soll. Die Flaggen sind an diesem Tage auf Halbmast zu hissen. Alle Luftfahrten sind verboten und alle gesellschaftlichen Verpflichtungen abgesetzt worden.

W.B. Tokio, 21. September

Bei dem Kampf um Tschangtun hatten die Japaner 43 Gefangene gemacht und 42 Geschütze erbeutet. Ihre Verluste betragen 51 Tote und 88 Verwundete.

W.B. Tokio, 21. September

Die chinesische Kirin-Division ist gegen Tschienfan an der Grenze Koreas vorgerückt.

W.B. Nanking, 21. September

Die chinesische Regierung hat heute eine zweite Note an Japan gesandt, in der sie die sofortige Räumung der besetzten Bezirke der Mandschurei und die Wiederherstellung des status quo fordert.

# Die Aufträge der Sowjetunion

## Auslands Abzahlungsgeschäft - deutscher Kommunistenjubel

Von Kurt Heinig

„Eine Milliarde Mark Sowjetaufträge — zahllose Betriebe, ganze Industriezweige in Deutschland existieren nur noch dank der Sowjetunion. Mindestens 200 000 Arbeiter haben ein volles Jahr Arbeit durch die Sowjetaufträge. Die Sowjetmacht, die die Arbeitslosigkeit im Bereich von 150 Millionen Menschen auf der Welt geschafft hat, demonstriert weiterhin sichtbar die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft über den bankrotten Kapitalismus.“

„Rote Fahne“ vom 17. September 1931.

Was ist die Wahrheit im deutsch-russischen Außenhandel? Es ist wieder einmal notwendig, gegenüber dem hysterischen Geschrei, das von den Kommunisten über die Sowjetaufträge gemacht wird, sachlich die Tatsachen festzustellen. Lassen wir zuerst die klaren Zahlen sprechen.

Der deutsch-russische Außenhandel umfaßte in den Jahren 1925 bis 1930 die folgenden Werte:

Ausfuhr nach Rußland — Einfuhr von Rußland in Millionen Mark		
1925	251	230
1926	266	323
1927	330	433
1928	403	378
1929	354	426
1930	431	436

In den jüngst vergangenen sechs Jahren hat also Deutschland fast immer in Rußland mehr gekauft als die Sowjetunion von Deutschland abgenommen hat. Wie steht es aber nun mit dem Größenverhältnis des heutigen deutsch-russischen Außenhandels, wenn man es mit der Vorkriegszeit vergleicht? Die deutschen Kommunisten tun so, als ob die Sowjetmacht eine ganz neue großartige deutsch-russische Handelsbeziehung geschaffen habe. Auch hier wollen wir vorerst die klaren Zahlen sprechen lassen. Der deutsch-russische Außenhandel betrug in den Jahren 1909 bis 1913:

Ausfuhr nach Rußland in Millionen Mark:	
1909	444
1910	547
1911	625
1912	679
1913	880

Diese Ziffern zeigen, daß im Jahre 1930 die Sowjetmacht bei ihren Einkäufen in Deutschland glücklich wieder da angelangt war, wo das alte zaristische Rußland im Jahre 1909 gewesen ist. Hierbei ist zu beachten, daß die in der Zwischenzeit eingetretene Entwertung des Geldes bei unserem Vergleich nicht in Betracht gezogen worden ist. Wollten wir die in der Zwischenzeit eingetretene Geldentwertung von rund 50 Prozent in den Vergleich einbeziehen, so wäre er für die russischen Einkäufe in Deutschland noch ungünstiger.

Wie steht es nun mit der angeblichen Milliarde Mark Sowjetaufträge im Jahre 1931 aus?

Erstens handelt es sich bei dieser Milliarde Mark Sowjetaufträge nicht etwa ausschließlich um Ausfuhr des Jahres 1931, sondern um Bestellungen, die bis 1933 abgeliefert werden. Bei genauerer Einsichtnahme der Art der Aufträge ist schon heute erkennbar, daß auch 1931 die deutsche Ausfuhr nach Rußland nicht wesentlich höher sein wird als sie 1930 war.

Zweitens kann die Sowjetmacht ihre Einkäufe in Deutschland nicht bar bezahlen. Sie verlangt bis zu vier Jahren Kredit!

Drittens können die deutschen Unternehmungen die russischen Aufträge überhaupt nicht abfertigen, wenn nicht das Deutsche Reich, die einzelnen Länder und sogar Gemeinden für die Bezahlung durch die Russen bis zu 70 Prozent der gesamten Summe die Garantie übernommen hätten.

Viertens haben bisher nicht einmal diese Garantien ausgereicht, um den deutschen Unternehmungen zu ermöglichen, die Sowjetaufträge in den Zahlungsdrehschleifen zu bringen. Deswegen mußte eben wieder die Reichsbank mit einem besonderen Kreditkredit in Höhe von 150 Millionen Mark einspringen.

Fünftens drücken die Russen bei ihren Bestellungen, die sie auf Borg machen und bei denen sie auf Stottern zahlen, so stark auf die Preise, daß der Druck auf die deutschen Arbeiterlöhne besonders stark weiterwirkt. Warum verlangen die Sowjetbehörden bei ihren Bestellungen nicht, daß die deutschen Unternehmer die Tariflöhne für die russischen Arbeiter einhalten?

Sechstens schaffen die russischen Aufträge in Deutschland wie jeder Einkauf des Auslandes bei uns selbstverständlich in gewissem Umfang Arbeit. Die Russen geben sich aber außerdem Mühe, bei uns Arbeitslose zu machen. Die deutschen Sowjetpropheten sollten sich einmal bei den Bekleidungsarbeitern, im besonderen in der Pelzindustrie, aber auch bei den Holzfällern im bayerischen Walde erkundigen. Da würden sie erfahren, daß die billige russische Einfuhr von Bau- und Nutzholz und von verarbeiteten Pelzen in Deutschland schon viele Tausende von Arbeitern arbeitslos gemacht hat. Solche Beispiele gibt es noch viele.

Siebtens deutet die Sowjetmacht die Völker dort, wo sie es kann, geschäftlich genau so aus wie die Großkapitalisten der ganzen Welt. Das russische Benzin z. B. wird in Deutschland gemeinsam auf gleichem Niveau und in Verständigung mit dem Rockefeller-Trust und den englisch-holländischen Oeterringen verkauft.

Prüft man, wie hier eben geschehen, die Tatsachen der Russenaufträge, dann werden gegenüber früher drei charakteristische Unterschiede sichtbar. Einmal kauft Rußland heute von uns viel weniger als in der Vorkriegszeit, zum anderen kauft es im Gegensatz zu früher jetzt mit mehrjährigem Kredit und drittens bilden sich die deutschen Kommunisten ein, daß das alles etwas Großartiges, Neues sei, das „weitlich sichtbar die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft über den bankrotten Kapitalismus“ demonstriert.

Selbstverständlich legen wir in Deutschland auch auf den Außenhandel mit Rußland großen Wert. Er steht aber in unserer Ausfuhr nach der ganzen Welt erst an erster Stelle. England kaufte z. B. im Jahre 1930 von uns dreimal so viel (für 1219 Millionen Mark) wie die Sowjetmacht. Ebenso kauften die kleinen

## Lahusen hat auch Pensionskasse

Das Dritte Reich bleibt als einziger Trost

Bei der Pleite im Nordwollkonzern hat sich herausgestellt, daß die Lahusen nicht nur das Geld ihrer Gläubiger verspekuliert haben, sondern auch die Pensionskasse der Angestellten leer ist.

Dazu bemerkt der „Freie Angestellte“ u. a. folgendes: „Für die Angestellten, für die kein Tarifvertrag maßgebend war, wurde entlohnt und behandelt wurden, wie es Herrn Lahusen paßte, als Räuber und als Verfügungsmittel eine Pensionskasse eingerichtet worden, deren Vermögen zuletzt etwa 3 1/2 Millionen Mark betragen hat. Das Vermögen der Pensionskasse wurde der Firma für ihren Geschäftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Was aus der Konkursmasse für die Pensionskasse noch herauskommen wird, ist leicht auszurechnen. Die Angestellten haben für die Aussicht, später einmal versorgt zu sein, nicht nur für den Hungergehalt gearbeitet, sie haben sich von ihrem Arbeitgeber auch noch politisch mißbrauchen lassen. Sie müssen sich jetzt damit vertrösten, daß mit ihrem Geld ein schönes Familienschloß gebaut worden ist und die ärgsten politischen Gegner aller sozialer Rechte der Angestellten unterstützt worden sind.“

Niederlande dreimal soviet (für 1206 Millionen Mark) als die Sowjetunion. Wenn es nun in Deutschland irgendwo Arbeiter gäbe, die in diesen niederländischen Einkäufen etwas ganz Besonderes sehen, daraus einen Beweis für die Wirkungsstärke ihrer niederländisch-religiösen Überzeugung machen und die ganze Welt mit Jubellärm erfüllen wollten, was würde man dann sagen? Die Antwort ist sehr einfach: die Leute haben sich einen eigenen Gott gemacht, beten ihn an, sehen nicht mehr die Wahrheit, sind so trunken, daß sie nüchterne Tatsachen überhaupt nicht mehr erkennen. Das ist das, was man zu dem hysterischen Geschrei über die Milliarde Sowjetaufträge ebenfalls gleichermaßen sagen muß. Daß uns gegenüber die Niederlande nicht durch ihre Regierung als Einkäufer auftreten, während das die russische Regierung tut, zeigt nur, daß in dem einen Lande ein Außenhandelsmonopol existiert und in dem anderen keines. Mit der Lage der arbeitenden Klasse in Rußland hat das an sich gar nichts zu tun.

# Gegen Steuerhinterziehung und Kapitalflucht!

## Sondergerichte!

Am 1. wird mitgeteilt:

Die auf Grund der Selbstanzeige gewährte Steueramnestie hat zwar nicht unbeachtliche Erfolge gehabt. Immerhin glaube die Reichsregierung, gemächliche Anhaltspunkte dafür zu haben, daß bei weitem noch nicht alle Kreise der Bevölkerung den ernstlichen Willen gehabt haben, ihren steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen und die bisher verschwiegenen Vermögenswerte der Besteuerung wieder zuzuführen. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß die bisher hinterzogenen Werte steuerlich erfasst werden; sie ist entschlossen, diesen ihren Willen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Zu diesem Zwecke verlängert sie noch einmal die Steueramnestiefrist bis zum 15. Oktober und sieht zur Erlangung der Steueramnestie neben der Selbstanzeige der bisher verschwiegenen Werte auch noch einen neuen Weg, nämlich den Erwerb einer

### steuerfreien Reichsbahn-Anleihe

in Höhe der bisher nicht angegebenen Werte ohne Anzeigepflicht vor. Dafür soll aber gegen alle diejenigen, die von dieser nachmaligen Gelegenheit, wieder steuerpflichtig zu werden, keinen Ge-

brauch machen, mit den schwersten Strafen vorgegangen werden. Wer nunmehr sein Vermögen weiterhin vorsätzlich nicht richtig deklariert oder das bisher schon angegebene Vermögen nicht entsprechend berichtigt oder auf Befragen unrichtige Auskünfte gibt, wird auf jeden Fall mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, in schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.

Außerdem sollen in verstärktem Umfang eidesstattliche Versicherungen darüber eingefordert werden, daß anderes als das angegebene Vermögen nicht vorhanden ist, insbesondere daß im Auslande keine weiteren Vermögensgegenstände liegen. Endlich wird sich die Reichsregierung mit ausländischen Regierungen zwecks gegenseitiger Erfassung der im Ausland befindlichen Vermögen in Verbindung setzen.

Zur Steueramnestie speziell sei folgendes bemerkt: Steueramnestie soll nach der neuen Verordnung nicht nur eintreten, wenn der Steuerpflichtige die bisher vorgesehene Anzeige gegenüber der Steuerbehörde mit entsprechenden Nachzahlungen für 1931 und 1930 macht, sondern auch dann, wenn er, ohne daß er zur Anzeige, die von manchen, die wieder steuerpflichtig werden und zahlen wollen, gefordert wird, verpflichtet sein soll, die von der Reichsbahn jetzt ausgegebene steuerfreie Anleihe im Nennwert des bisher verschwiegenen Vermögens per 1. Januar 1931 und wenn hinterzogenes Einkommen, Erbschaften, Schenkungen, Gewerbeertrag oder 5 Prozent des Umsatzes in einem der Jahre 1930, 1929 oder 1928 größer ist, Anleihe in Höhe dieses Betrages erwirbt. Wer diesen Weg der Amnestie wählt, muß die Anleihe 5 Jahre ununterbrochen im Besitz behalten. Sonst geht er der Vorteile der Amnestie mit rückwirkender Kraft verlustig. Die Anleihe soll außerdem steuerfrei sein. Das war nötig, denn sonst hätte der Steuerpflichtige bisher hinterzogene Umsätze und die Erträge daraus bereits im nächsten Jahre in seiner Steuererklärung aufschreiben müssen und dann wäre gerade das nicht erreicht, was mit der Amnestie durch Zeichnung von Anleihe ohne Deklaration erreicht werden sollte. Um aber dem Steuerpflichtigen für die Zukunft keine ungerechtfertigten Vorteile zuzuwenden, ist der Zinssatz niedrig, d. h. auf 4 1/2 Prozent bemessen. Darin liegt gleichsam ein vorweggenommener Abzug der in Frage kommenden Steuern vom Einkommen und Vermögen.

Die Anleihe soll auch von anderen Personen als solchen, die bisher ihre Steuern nicht richtig bezahlt haben, erworben werden können. Ein gewisser Anreiz liegt trotz niedrigen Zinssatzes in der Steuerfreiheit. Da diese Personen die Anleihe selbstverständlich jederzeit übertragen können, sind sie auch von vornherein in der Lage, sie steuerfrei zu verschenken, während diejenigen, die die Anleihe zu Steueramnestiezwecken erworben haben, sie erst nach 5 Jahren steuerfrei verschenken können. Ueber den Erfolg der Anleihe kann naturgemäß nichts gesagt werden. Er wird wesentlich davon abhängen, wie groß die Steuerhinterziehungen sind, die auf diesem Wege wieder gutgemacht werden sollen. Immerhin wird es sich um nicht unbedeutende Beträge handeln. Das Aufkommen wird die Reichsbahn für ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm verwenden.

Schließlich weist die Reichsregierung auf folgendes hin: Es ist in letzter Zeit eine so weitgehende Mißachtung der Gesetzgebung und ein so erschreckender Mangel an gesundem Gemeinseinsgefühl und staatsbürgerlicher Besinnung hervorgetreten, daß durchgreifende Abwehrmaßnahmen unerlässlich sind. Die Reichsregierung hat sich daher entschlossen, zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und zur Reinerhaltung der deutschen Wirtschaft und der öffentlichen Steuerethik dem Herrn Reichspräsidenten den Erlaß einer Notverordnung über die Errichtung von Sondergerichten vorzuschlagen. Die Sondergerichte sollen in einem auf das äußerste beschleunigten Verfahren zur Aburteilung von gräßlichen Terrorakten und Gewalttätigkeiten sowie von schweren Fällen verbrecherischer geschäftlicher Mißwirtschaft oder Steuer- und Weisheitshinterziehung berufen sein.

# Eine herrliche Heldenschar

## Ausreden wie kleine Schellungen . . .

Vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg begann am Freitag der Prozeß gegen 34 Nationalsozialisten, die zum Teil als Anführer, zum Teil als Teilnehmer an den schweren Nazistrawallen am Kurfürstendamm vom letzten Sonnabend unter Anklage gestellt sind.

Am Abend des 12. September sammelten sich anlässlich des jährlichen Neujahrsfestes am Kurfürstendamm etwa 1000 Nationalsozialisten, die unter lautem Getöse und Rufen wie: „Schlagt die Juden tot“, „Raus mit den Juden“, „Juda verredet“ durch die Straßen des Bezirks und vor allem über den Kurfürstendamm zogen, zahlreiche Juden mißhandelten und schließlich ein Café karamen, die Einrichtung zertrümmerten und die Gäste verprügelten, wobei sie auch mehrere Schäfte abgaben. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß die schweren Organe der Hakenkreuzler von der Leitung der Berliner SA nach wohlüberreinem Plan im Eise gelegt worden waren. Drei Hauptangeklagte des wüsten Pogroms, und zwar dem „Stabsleiter“ Erich, dem SA-Funktionär Heideberg und dem SA-Leiter Groß Heideberg gelang es zu entfliehen, die anderen Mitglieder des Raswells konnten hinter Schloß und Riegel gebracht werden. Die Anklage, die der zehnjährige politische Detektiv, Staatsanwaltshilfsleiter Strauß, vertritt, lautet auf Anreizung zum Mordanschlag, Scherens, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Mißbrauch und unbefugtes Waffentragen. Unter den Angeklagten befinden sich u. a. ein Student der Jurisprudenz im Hauptstadt Semster, sowie zwei Ingenieure. Auch der „Stabschef“ Heideberg mehrere seiner Funktionäre auf der Anklagebank verurteilt.

Der Angeklagte Schuler, ein junger Mann von 18 Jahren, wird als Heldenschar in den ganzen Lande hingerufen. Er hat sich gerade auf der Durchreise und kam zufällig auf den Kurfürstendamm. Von der Sache weiß ich gar nichts. Ich habe nur ein paar Juden gesehen gehen sehen und hätte gar

einmal Rufe „Deutschland erwache“. Plötzlich kam die Polizei und nahm mich fest. Ich wußte überhaupt nicht, um was es sich handelte.“ Vorstehender. Die Polizei fand doch bei Ihnen ein feistehendes Messer?“ „Das nehme ich immer zum Brotkneiden.“ „Sind Sie Mitglied der SA?“ „Jawohl, aber von dem was am Kurfürstendamm gespielt wurde, hatte ich keine Ahnung.“

Der Angeklagte Bonin, Funktionär des Nazisturms 49, den die Anklage für einen der Rädelsführer hält, hat seinerzeit bei der polizeilichen Vernehmung erklärt, daß der Sturmführer bisher vom Sturm 49 den Befehl ausgegeben habe, am Sonnabendabend bei den „Goldjuden spazieren zu gehen“. Heute bekennt er sich selbst der Lüge und erklärt: „Das muß ich widerrufen. Mir hat nur ein Kamerad, dessen Namen ich nicht nennen will, erzählt, daß es am Kurfürstendamm „Juden geben“ würde.“

Der nationalsozialistische Zeitungshändler Weede machte auch, natürlich gänzlich ahnungslos, seinen abendlichen Erhaltungspaziergang auf dem Kurfürstendamm und wurde von der Polizei dabei gefaßt, wie er auf einen jungen Mann grundlos einschlug. Vor Gericht erklärt er jetzt, er habe gar nicht gehandelt, sondern sich nur am Kopf kratzen wollen. Dabei sei er verärgertlich an den jungen Mann geraten. Daß der junge Mann dabei hingefallen sei, habe sich als Folge seiner ungewöhnlich kräftigen Konstitution ergeben. Der Reichspräsident von Bayern hat bei der polizeilichen Vernehmung geäußert, daß seiner Ansicht nach die Ururheber von der obersten SA-Leitung injiziert worden wären. Der SA-Mann Barth will an dem fraglichen Abend zum Kurfürstendamm gegangen sein, um seine frühere Braut zu suchen, von der er gehört habe, daß sie „auf den Strich“ ginge. Im übrigen kenne er die Gegend gar nicht; daß es dort viel Juden gebe, habe er erst später gemerkt.

Das ist eine Auslese aus der endlosen Vernehmung der Nazistrawallen. Sie ist charakteristisch für sämtliche Angeklagten, von denen der eine feiger und verläumpler ist als der andere!

# Spitzel und Terroristen

Aufzeichnungen über die Vorgeschichte der russischen Revolution

Von W. Hoffmann-Harnisch und Klaus Gustav Hollaender

(Copyright 1931 by Presse-Verlag Dr. R. Lammert Berlin SW. 68.)

XL

Innerhalb der Polizei hatte sich eine Personal-Intrige abgepielt, wie sie selbst im zaristischen Rußland ohne Beispiel geblieben sein dürfte. Ratschowski hatte die Verhaftung der vierundzwanzig Sozialrevolutionäre vorsehen lassen, ohne den Chef der zuständigen Petersburger Ochrana den Obersten Kremenjeki zu benachrichtigen.



Er wollte den Ruhm des Erfolges selber ernten und seinen durch den Tod des Großfürsten Sergius vor der Öffentlichkeit komponierten Ruf in allem Glanze erstrahlen lassen. Er hatte schon sein Ziel erreicht. Er galt im Angesicht des ganzen Hofes als der Retter Trepows und des Großfürsten Wladimir und erhielt das Recht, von nun an dem Zaren direkt Bericht zu erstatten und späterhin noch eine Gratifikation von nicht weniger als 72.000 Rubeln. Kremenjeki sah sich um einen ungeheuren Erfolg betrogen und schwor Rache. Da er Ratschowski selbst in seiner Ohnmacht nicht erreichen konnte, wollte er wenigstens die Werkzeuge treffen, die seinem Vorgesetzten den Erfolg ermöglicht hatten. Zu diesem Zweck schrieb er einen anonymen Brief an einen hervorragenden Funktionär der Sozial-Revolutionären Partei, um dadurch die Helfershelfer Ratschowskis der Rache ihrer verratenen Genossen zu überliefern.

Es war im Mai 1905, als dem Funktionär, der in seinem Arbeitszimmer saß, von einer tief verschleierte Dame ein Brief übergeben wurde. Als er ihn geöffnet und kurz überflogen hatte, war er in sein Vorzimmer gestürzt, hatte aber die Ueberbringerin nicht mehr erreichen können. Er vermutete sofort, daß die Polizei selbst hinter diesem Brief steckte — aber erst später bestätigte sich durch Vergleichung der Handschriften, daß Kremenjeki tatsächlich der Verfasser des Schreibens gewesen war. In diesem anonymen Brief, dessen Text uns Sawinkow in seinen Memoiren überliefert hat, hieß es:

Genossen! Der Partei droht eine große Gefahr. Sie wird von zwei ernst zu nehmenden Spionen verraten. Einer von ihnen, ein ehemaliger Verbannter, ein gewisser T., ist erst im Frühjahr aus Sibirien zurückgekehrt; er schlich sich in das volle Vertrauen eurer Genossen ein, ließ die Sache der Zwanjstata hochgehen, zeigte außerdem Frölich, Nikolajew, Wiet, Starnikow, Lionowitsch, Suchomlin und viele andere an. Die flüchtige Zuchthausgefängene Alimowa wird wahrscheinlich bald verhaftet werden; der andere Spion ist vor kurzem aus dem Ausland gekommen, ein gewisser Ingenieur Njew, ein Jude, nennt sich auch Maluffi; dieser Spion hat den Kongress verraten, der in Nißni stattfand, ebenso das Attentat auf den dortigen Gouverneur, ferner die Klitschoplu (ihr Bombenateller), den Wedenjapin (der das Dynamit gebracht hatte), den Lomow in Samara (Militär), den illegalen Tscheredin in Kiew, die Grohmutter . . . Viele Opfer sind von den Verrätern auserzehen. Ihr müßt sie beide kennen. Daher wenden wir uns an Euch. Diesen Brief vernichtet sofort, macht keine Kopien und Auszüge. Von seinem Empfang sagt keinem etwas, sondern eignet Euch seinen Inhalt gründlich an. Dann bemüht Euch, die Bspiegelung loszuwerden und zeigt Euch nicht mehr an den Stellen, wo Ihr früher wart. Verändert sofort eure Technik und vertraut sie neuen Menschen an.

Noch am selben Abend konnte der Empfänger Njew den Brief zeigen. Njew wurde blaß, als er ihn las:

„. . . das ist Tatarow, der andere bin ich.“  
Er geriet in heftige Erregung und war ganz fassungslos. Mit tränenden Augen erklärte er, daß ihm nach einer solchen Verleumdung nichts anderes übrig bleibe, als sich den Schädel zu zerhacken.

Man tröstete ihn mit der Versicherung, daß kein Mensch an dem polizeilichen Charakter dieser Denunziation zweifeln könne, die offensichtlich nur den Zweck verfolge, ihn zu vernichten, ihn, den „großen Terroristen“, der die Affären Plehwe und Sergius organisierte hatte.

Das Dokument wurde an die Parteileitung nach Genf weitergegeben. Gog legte sofort eine Untersuchung an, die er mit den Worten einleitete:

„Wir mühen uns auf den revolutionären Standpunkt stellen, der heißt: Für uns gibt es weder Namen noch Autoritäten. Die Partei ist in Gefahr. Wir wollen daher annehmen, daß jeder von uns verdächtig ist. Ich beginne mit mir selber.“

Nachdem das Leben aller Anwesenden einer Prüfung unterzogen worden war, kam man auf Tatarow und tatsächlich stellte sich bei genauer Untersuchung dieses Genossen, der allen genau bekannt war, heraus, daß gewisse Verdachtsmomente bestanden. Besonders auffällig an ihm war, daß er für die Geschäfte eines revolutionären Verlages, den er in Paris betrieb, in kurzer Zeit verhältnismäßig viel Geld ausgegeben hatte. Es wurde beschloffen, den Genossen Argunow, ein Mitglied des Zentralkomitees, nach Petersburg zu schicken und nachzuprüfen, ob die von Tatarow angegebenen Geldquellen stimmten.

Argunow kam mit der Nachricht zurück, daß Tatarow gelogen hatte. Auf Anregung von Gog wurde nun eine Untersuchungskommission mit Sawinkow als Vorsitzenden gewählt. Tatarow selbst, der von dem gegen ihn schwebenden Verfahren nichts ahnte, machte sich immer verdächtiger. Schließlich wurde er vor das Gericht gestellt und sein Verrat wurde ihm auf den Kopf zu gesagt. Jetzt verhebberte er sich bei den Angaben, mit denen er seine Unschuld erweisen wollte, immer mehr. Es wurde festgestellt, das er seine Genossen in mehreren wichtigen Punkten belogen hatte.

Schließlich gewannen alle Mitglieder der Kommission die Ueberzeugung, daß er tatsächlich in Beziehungen zur Polizei stand. Da aber das Wesen und das Ziel dieser Beziehungen nicht klargestellt war, konnte ein Todesurteil nicht ausgesprochen werden. Ungehindert fuhr Tatarow nach Rußland zurück.

Da aber trat ein für Tatarow unheilvoller Umstand ein. Im Oktober wurde unter dem Druck der immer weiter fortschreitenden sozialdemokratischen Revolution eine weitgehende Amnestie vom Zaren erlassen und die am 17. März verratenen und später zu Zwangsarbeit verurteilten Genossen kamen frei. Unter diesen Genossen befand sich einer, der durch gewisse Fragen des Untersuchungsrichters zu der Ueberzeugung gekommen war, daß niemand anders als Tatarow ihn verraten haben konnte. Außerdem war er zur Feststellung seiner Identität einem Menschen gegenübergestellt worden, dessen Gesicht zwar infolge einer Maske unerkennbar, dessen Gestalt aber ungewisselhaft die Tatarows gewesen war.

## 7. Kapitel

Während die Untersuchungen gegen Tatarow liefen, erholte sich Njew von den Nervenstrapazen des letzten Jahres einige Wochen in einer kleinen Wohnung am Boulevard Raspail. Dieser Mann, der die Jagd auf Menschen gewissermaßen im Großen betrieb, während er zugleich selber von einer vieltausendköpfigen Jäger- und Treiberbande gehetzt wurde, dieser Mann, der gegen sich und andere von schonungsloser Härte sein konnte, war im tiefsten Innern seines Gemütes ein übermäßig weicher, gefühlvoller, sentimentaler, fast femininer Mensch. Von einem unüberwindlichen Eris zur Bürgerlichkeit und Wohlstandigkeit beherrscht, war er inmitten des ganzen Strubfels von abenteuerlichen, blutigen Ereignissen ein kleiner Bürger mit der Nei-

gung und dem Wunsch zu unauffälliger Durchschnittlichkeit geblieben.

Die wenigen Tage, die er auf der Jagd zwischen Petersburg und Genf, zwischen Moskau und London, zwischen Kiew und Helsingfors erübrigen konnte, verbrachte er in seinem bescheidenen Pariser Quartier. Hier legte er den Kämpfer und Revolutionär Njew ab und war der Bürger und Familienvater Njew. Dieser neue Njew war ein zärtlicher Gatte, ein liebevoller Vater.

Als Njew 1892 an der Technischen Hochschule in Karlsruhe studierte, hatte er im Kreise der dortigen zwanzig oder dreißig russischen Studenten ein junges Mädchen, ein Fräulein Maria Manlin, kennen gelernt. Sie stammte wie er aus Südrußland, war arm wie er, war Revolutionärin gleich ihm. Sie wurde bald seine Gattin und begleitete ihn die ersten, noch rein blutigen Jahre, als er in Deutschland sein Examen als Diplomingenieur machte, als er in Berlin bei der A. G. Ingenieur wurde, als er zum Moskauer Elektrizitätswerk kam. Nach dreijähriger Ehe schenkte sie ihm einen Sohn, dem sieben Jahre später noch ein zweites Kind folgte. Als er dann am Anfang des neuen Jahrhunderts zum aktiven Terror überging, brachte er die Seinen in dem bescheidenen Pariser Quartier unter, um sie vor den Gefahren seines revolutionären Berufes zu bewahren. Hier wohnte Frau Njew mit den Kindern. Aus der kleinen russischen Studentin von ehemals war eine unauffällige, bescheidene Bürgerfrau geworden, die ganz ihrem Haus und ihren Kindern lebte. Sie war denkbar sparsam, zog sich überaus einfach an und ihr größter Kummer bestand darin, daß sie den Söhnen keinen Musikunterricht geben lassen durfte, weil der übertrieben sparsame, geradezu geizige Njew das für Verschwendung erklärt hatte. Mit Eifer folgte sie aus der Ferne den Ereignissen in der Heimat und erzählte den Kindern von ihrem Vater, dem großen Revolutionär, der fern in Rußland gegen die Unterdrücker seines Volkes kämpfte und mitten im Feuer der revolutionären Schlacht stand. Hier ruhte der Vater aus für kurze Wochen den Seinen gegeben. Der berühmte Schweiger, der bei den revolutionären Beratungen oft stundenlang kein Wort sprach, scherzte und spielte mit den Kindern, erzählte ihnen von ihrem Großvater, der ein armer Schneider in Kostow am Don gewesen war, von einer kümmerlichen Jugend, wie er sich durch Stundengeben den Besuch des Realgymnasiums erarbeitet hatte und wie er schon mit sechzehn Jahren Zeitungsartikel und Reportagen für „Die Biene vom Don“ geschrieben hatte. Oder er erzählte ihnen von den prächtigen Vorstellungen im Moskauer Theater des Zaren, wo man das alte zarte Märchen vom Schneeflöckchen zu Tschailowitschs berauschender Musik so wundervoll spielte und tanzte. Seine eiserne Ruhe, sein keines Schweigen fielen von ihm ab, er war gelöst und frei.

Nur des Nachts schüttelten ihn niedrige Träume, er schrie im Schlaf, sich laute Wehklagen aus und sprach vernehmliche Worte und Sätze. Es war, als jagten ihn die Geister derer, die er der Bombe überliefert oder dem Henker überlassen hatte.

Diese absonderliche Gewohnheit hatte er von frühester Jugend an und die Genossen, die ihn aus irgend einem Zufall schlafend trafen, hegungen übereinstimmend diese Eigentümlichkeit.

Nach Wochen der Idylle kehrte Njew eines Tages im Herbst 1905 auf den Kriegsschauplatz zurück. Hier hörte er, daß die Untersuchung gegen Tatarow noch immer nicht abgeschlossen war. Er wurde aufgebracht und rief:

„Zum Teufel, was soll diese Langsamkeit! Es handelt sich nicht darum, ihn zu verhören, sondern ihn zu töten. Welche Beweise wollt ihr noch haben? Seht ihr denn nicht, daß er ein Spitzel ist?“

So wurde denn Sawinkow der Auftrag gegeben, die Ermordung Tatarows zu organisieren; das Zentralkomitee wies die dazu notwendigen Geldmittel an.

Tatarow war früher ein ehrlicher Revolutionär gewesen. 1901 war er wegen Zugehörigkeit zur polnischen Sozialdemokratischen Partei verhaftet und in die Peter-Paul-Festung gebracht worden. Dort hatte er eine zweiundzwanzig Tage langen Hungerstreik durchgehalten. Später war er nach Sibirien verbannt worden und 1904 plötzlich nach Petersburg zurückgekommen. Hier schloß er sich den Sozial-Revolutionären an und wurde schnell ein angesehener Genosse und sehr bald Mitglied des Zentralkomitees; auch Gerschum hatte ihn sehr geschätzt.

Njew und Sawinkow bereiteten noch in Genf den Plan zur Ermordung des Verräters vor, dann fuhr der „Leutnant“ nach Warschau, wo er mit drei Mann an die Arbeit ging. (Fortsetzung folgt)

**IM HOTEL KEHRWIEDER**  
Abenteuer in Filzpantoffeln. — Von Karl Ey.  
Copyright 1931 by Presse-Verlag Dr. R. Lammert, Berlin

35. Fortsetzung  
„Auch für Sie ist ein Paketchen gekommen,“ sagte Nelly, und reichte mir eine kleine Schachtel. Sie enthielt einen schwarzen Seidenschlips, auf dem die Bremer Flagge gestickt war. Auch ein Brief war dabei, der die Worte enthielt: „Die Bremer Flagge habe ich selbst gestickt und dabei viel an die Tage im „Kehrwieder“ gedacht.“  
Paris ist auch ein schönes Städtchen  
Um 10.10 läuft der D-Zug von Köln im Hamburger Hauptbahnhof ein. Um 10.20 erschien Herr Zollweck, von lebhaften Klauen der Erleichterung begrüßt.  
Wie sich doch Leute in einer einzigen Woche verändern können. Fortgereist war Herr Zollweck mit einer melancholisch hängenden Nase, einem schlotterigen grauen Anzug und einer verbeulten Reitetasche. Seine Nase hatte zwar bei seiner Rückkehr ihr Format nicht verändert, aber sie schien lebenslustiger und tatkräftiger in die Welt zu blicken. Nagelneu und von einem erstaunlichen Schnitt war aber seine Kleidung. Die Koffer, die der Chauffeur hereinbrachte, erstrahlten im Hochglanz kürzester Benutzung. Nellys flinke Augen entdeckten aber zuerst den verästelten Zettel auf den Koffern.  
„Hotel Palace, Paris“ rief sie erregt, aber vorwurfsvoll aus. „Und wir haben die Leitung nach Riffingen heiß telephoniert.“  
Frieda, die Köchin, das Küchenmädchen und sogar die Wäschemamsell umringten ihren Wirt, als wenn er von einer Weltreise zurückkäme. Ich benutze diese Gelegenheit, um schnell auf mein Zimmer zu gehen und Hut und Ueberrod zu holen.

Gestiefelt und gespornt kam ich wieder in das Restaurant, wo inzwischen der Höhepunkt der Wiedersehensfreude überstanden war. Ein Tellerklappen, das aus dem Küchenfachstuhl drang, kündigte an, daß dort wieder Normalbetrieb herrschte, die Wäschemamsell, die noch immer lebhaft von den „Beefern“ sprach, wurde von Herrn Zollweck liebevoll zur Hotelküche geschoben. Max und Nelly waren am Büfett und am Tisch beschäftigt.  
„Ablösung vor,“ sagte ich und schüttelte Herrn Zollweck nochmals die Hand. „Sie haben uns schön in Verlegenheit gesetzt, Sie und Ihre Gallensteine.“  
Der Wirt lachte und drehte sich selbstgefällig um die eigene Achse.

„Während wir hier Lote und Vermundete haben, kleiden Sie sich wie ein Dandy ein. In Ihrem Alter nach Paris zu fahren. Einfach lächerlich. Wie stehen Sie nun da mit Ihren Gallensteinen, he?“  
Herr Zollweck zog mich zu einem Tisch, auf welchem bereits Gläser aufgeföhren waren. Wieder hob er bedächtig und während seine etwas schwammige Hand, wie er es vor einer Woche getan hatte, als ich versprach, sein Vertreter zu werden, wieder flüßerte er geheimnisvoll, aber er sagte nicht Gallensteine, sondern „Maison Caffite“.

„Ja,“ entgegnete ich. „Man kann auch grober Unfug sagen oder Vorspiegelung falscher Tatsachen, oder Ausnutzung der Unkenntnis seines Nächsten. Was soll denn Maison Caffite bedeuten. Wohl ein verdächtiger Umkleerack in Paris?“  
Zollweck klopfte sich auf seine Herzgegend, hinter der vermutlich seine Geldtasche saß, und meinte:

„Gallensteine sind ein Laster, aber Pferderennen ein Vergnügen. Und wenn Sie jeden Tag im „Kehrwieder“ tausend Mark zugebuttert hätten, so wäre ich doch noch der Gewinner. Wissen Sie, wieviel 120.000 Franken sind?“  
„Das kümmert mich nicht. Zehntausend Mark wahrscheinlich.“

„Noch ein paar Tausend Marker mehr, Herr Ey. Aber selbst muß man auf der Rennbahn sein. Dann kann man Mammon schmieden.“  
„Na, wir haben hier auch nichts zugeföhrt, Herr Zollweck, Max und Nelly haben aufgepaßt wie Schießhunde. Ich konnte über 700 Mark für Sie nach der Westbank bringen. Ein Gast logierte hier, der hatte 300.000 Mark im Bauch.“

„Ja, ich bin ja geständig, Herr Ey, angeschummelt habe ich Sie mit Riffingen und den Gallensteinen. Aber als Sie mir am dem Abend erzählten, daß Ihre Junggesellenbeziehung am Hofweg Ihnen wie ein Bredspulver vorkäme, da hatte ich vorher ähnliche Gedanken bezüglich meines Hotels gehabt. Hätte ich von dem Pariser Rennen gesprochen, so wären Sie vielleicht bödig gewesen. Aber einem Kranken einen Wunsch abzujagen, na, da kenne ich Sie ja. Nun, und wir beide haben doch gehabt, was wir wollten. Jeder ist mal aus dem gewohnten Gleis gekommen. Profit!“

Dieser „Profit!“ wurde von einer sonoren Stimme erwidert, und als ich aufblickte, stand der Kriminalbeamte Nötting an unserem Tisch.  
Der vermifete Karl Ey

Nötting begrüßte den Wirt und mich, den er immer noch Herrn Schröder nannte. Zollweck blickte dabei erstaunt auf, sagte aber nichts.

Ich hatte meiner Wirtin am Hofweg schon oft gesagt, sie möchte ganz ruhig sein, wenn ich auch einmal einige Zeit nicht auftauchen sollte; aber die gute Frau Ambrust, die zerne Kriminalgeschichten las, sah immer gleich Mord und Unglück und pflegte dann nach einigen Tagen des Herumtelefonierens bei meiner Zeitung und meinen Bekannten die Polizei anzurufen, welche dann meine Nationalen auf die Liste der Vermifeten setzte.

Das schien wahrscheinlich auch jetzt wieder der Fall gewesen zu sein, denn Herr Nötting machte eine bemerkenswerte Kunstpause, als er die Namen einiger vermifeter Personen vorgelesen hatte und dann fortfuhr: „Na, denn weiter. Vermifet seit Montag Karl Ey, Schriftsteller, wohnhaft Hofweg . . .“

„Salt!“ sagte ich belustigt und zwinkerte Zollweck, der gleichfalls über das ganze Gesicht lachte, vielfachend zu, „der Mann wohnt vielleicht im „Kehrwieder“. Wie ist die Verhinderung? Soll er nicht ein außergewöhnlich intelligentes Gesicht haben?“

„Davon ist hier nichts gesagt,“ brummte Herr Nötting.  
„Und ein berückend liebenswürdiges Benehmen,“ fragte ich weiter.

„Auch das ist nicht erwähnt. Aber glauben Sie denn, daß er wirklich bei Ihnen logiert?“ (Schluß folgt.)

**Amtlicher Teil**

**Beschluß**

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Friedrich Cordts, alleinigen Inhabers der Firma Friedrich Cordts, Aluminiumwerk, Lübeck, Schwarztauer Allee 111, wird mangels Masse eingestellt.

Lübeck, den 18. September 1931.  
Das Amtsgericht, Abt. II.

Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Automobil-Vertriebs-ges. m. b. H.** in Lübeck, Beckergrube 54, wird eine Gläubigerversammlung anberaumt auf

Freitag, den 9. Oktober 1931, 9 1/2 Uhr.

**Tagesordnung:**

1. Berichterstattung des Verwalters
  2. Beschlußfassung über die Wahl eines neuen Gläubigerausschusses.
- Lübeck, den 17. September 1931.  
Das Amtsgericht, Abt. II.

**Familien-Anzeigen**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur **Verlobung** danken herzlich  
Herta Lankau  
Paul Wehrend  
Schönböcken  
Lübeck

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer **Hochzeit** danken herzlichst  
Ernst Grabe und Frau

Nach schwerem Leiden entschlief am Freitag uns. liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter

**Dorothea Heine**  
geb. Wulf  
im Alter von 86 Jahren.

In tiefer Trauer  
J. Heine u. Frau  
H. Heuer u. Frau  
n. Enkelkinder  
Trauerf. Dienstag d. 22. d. Mts. 2.15 Uhr. Kapelle Vorwerk.

Heute entschlief sanft uns. liebe, gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Caroline Kock**  
geb. Lindhorst  
im 73. Lebensj. Tief betrauert und schmerzlich vermisst. Namen aller Hinterbliebenen  
**Gustav Schmidt u. Frau** geb. Kock  
Lübeck.  
d. 20. Sept. 1931  
Reifersir. 26a  
Beerd. am Donnerstag, den 24. Sept. 3 Uhr, v. d. Kapelle d. Vorwerkes Friedhofes aus.

Nach kurzer, schwerer Krankheit heute uns. liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Sinka Ehlers**  
geb. Wilms  
im 70. Lebensj.  
In stiller Trauer im Namen aller Hinterbliebenen  
**D. e. Kinder**  
Lübeck.  
d. 29. Sept. 1931  
Hartengrube 39  
Beerd. am Donnerstag, den 24. Sept. 3 Uhr, v. d. Kapelle d. Vorwerkes Friedhofes aus.

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief heute unsere liebe, kleine

**Marianne**

im 7. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer im Namen aller Hinterbliebenen

**Adolf Hormann und Frau**  
geb. Grante  
nebst Tochter Ingeborg  
Lübeck, den 20. Septbr. 1931  
Kerkringstraße 46 a  
Beerdigung am Donnerstag, dem 24. September, 11 1/2 Uhr, von der Kapelle des Burgtor-Friedhofes aus.

**Grundstückmarkt**

St. Lorenz **Zweifamilienhaus** mit frei werdender Wohnung zu günstigen Bedingungen zu verkaufen. Näh. GSG., Hundestraße 49-51.

**Verschiedene**

**Dr. med. Lanterbach Krummesse**  
Tel.: Krummesse 5, außerhalb der Dienststunden, in Krummesse (nachts und Sonntags) direkt durch Amt Lübeck erreichbar.

**Vermietungen**

Heiz. sep. part. Zimm. n. vorne m. elektr. Licht u. v. m. Lg. Lohberg 58 I.  
2 einisch möbl. laub. Zim. m. D. frei. Bill. 2515  
Bischerstr. 30. I.

**Heim Vorwert**

bittet um Arbeit in Strahlrohrfabrik. Stühle werden geholt und gebracht.  
Postk. od. Tel. 28730.

**Verloren**

Verloren gegangen ist einem alt. Partegenossen am 18. Sept. nach 6 1/2 Uhr in der Bedürfnisanstalt Fadenburger Allee Alte Kajerne) ein Handtuch. Der Handtuch ist ein Andenken. Der Besitzer, Parbst, Ludwigstr. 11, bittet um Rückgabe.

**300 Ringe**

am Lager  
333 v. 4. M., 585 v. 8. M. an Gravierung gratis  
Bestecke  
800 Silb. Eßlöfel 6.-  
90 gest. Eßlöfel 2.-  
Taschenuhren . . 2.50  
Garantierte Wecker 2.50

**Verkäufe**

1 fast neuer Kinderw. 25.-, 3 v. 25.-, 4 v. 11 I.  
Kleiderstrant, Bettstell., Bett, Kommod u. Vertiko zu verk. 2505  
Marktstr. 64 pr. 1.

**Kinderbettstelle m.**

Matratze zu verkaufen  
Forsweg 6. I.

**Anoden billig**

100 120 150 Volt  
7.20 8.90 10.90 RM  
**Burckhardt**  
Dantmarisgrube 55

**Öffentliche Versteigerung**

Am **Wittwoch, dem 23. September 1931, ab 9 Uhr**, sollen in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses versteigert werden:

- Klaviers, Büffets, Bücher, Herrenzimmers, Kleider-, Eis- und andere Schränke, Vertiko, Kommode, Schreib-, Tisch- und andere Tische, Schreibtisch- u. and. Sessel, Stühle, Sofa, Chaiselongue, Delgemälde, Bilder, Teppich, Noten, Lautsprecher, Radio-Apparate, Schrankgrammophon, Nähmaschine, Nat.-Regulierfasse, Schreibleitung, Eis-konjervator, 1 Amboß, 4 Schraubstöcke, Bohrmaschine, 2 Herren-Fahrräder, 1 Auto, 1 Geldschrank und 1 Schreibmaschine (Orga Privat).

Ferner Mittags 12 Uhr:

- 1 Aktienstrant, 1 Doppelschreibtisch, 1 Rohrschneide- und 3 Bohrmaschinen, 1 Schweißapparat, 1 Motor, 5 WS., 3 Amboße, 3 Schraubstöcke u. a. m.

Sammelpunkt der Käufer Ecke Moislinger Allee und Zintenstraße.

Außerdem nachm. 2 Uhr in Rißerau:

- 1 Schwein und 11 Hühner.  
Käufer wollen sich bei der Autobus-Haltestelle einstellen.

Angerstein, Obergerichtsvollzieher  
Telephon 27 130

**Eröffne heute eine Niederlage von der Schweizer Molkerei verbunden mit**

**Brot-, Butter- und Backwarenhandlung**  
Bitte mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.  
**E. Demuth**, Effengrube 13.

**Speisekartoffeln**

alle Sorten  
**Futterkartoffeln billigst**  
**Hans Wilh. Duve**  
Kommanditgesellschaft  
Alter Bahnhof Fernruf 29 704

**Schmerzlose Tötung von Haustieren Adlerstr. 31 a (Hoteingang)**

nur Donnerstags zwischen 10 und 11 Uhr.  
**Tierschutzverein Lübeck**

**Gute Schuhreparaturen**

**Karl Obst**  
Am Brint 11 b  
Buzeststraße 14

**Anodenbatterien billig!**

100 V. Lenschow-Jubiläums-Anode 7.28  
120 V. Daimon-Dreiblitz . . . . . 9.60  
Mein Anodenstromsparender DRP a. DRGM verdoppelt die Lebensdauer der Anodenbatterie  
**Radiohaus Adolf L. Lehmsiek**  
Niederlage von Radio-Lenschow  
Königstraße 65/67  
Telefon 22 950

**Möbel**

kompl. Einrichtungen. Polst- u. Einz.-Möbel besser und billiger ab  
**Werkstätten**  
**B. Folkers**  
Nur Ziegelstr. 28-28a



**Boltsfürjorge**

Gemeinnütziges Unternehmen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Auskunft erteilt:  
**Rechnungsstelle 30**  
Lübeck, Fischstraße 14. Tel. 28663



**Léon Blum**, Führer der französischen Sozialdemokratie, über deutsche Revanche, Sicherheit, Schiedsgericht, Reparationen, Grenz-Revision u. a. in der soeben erschienenen Schrift

**Ohne Abrüstung kein Friede**

96 Seiten, kartoniert M. 1.50  
Eingeleitet von Rud. Hilferding  
**Wullenwever-Buchhandlung**  
Johannisstraße 46

**Schuhwaren**

solide, preiswert  
**F. Meyer, Huxterdamm 2**

**Unerreicht**  
im  
**Kochen Backen Braten**  
sind  
**Junker & Ruh-Gasherde**  
**Heinr. Pagels**

**Stadtheater**

Montag, 20 Uhr:  
**Maria Stuart**  
Trauerspiel (Preis 0.60 bis 1.50 RM.)  
Ende 23.15 Uhr.  
Dienstag, 20 Uhr:  
**Im weißen Röhl**  
Operette. (Preis 0.60 bis 3.- RM.)  
Mittwoch, 20 Uhr:  
**Unter Geschäfts-aufsicht**. Schwanl.  
Mittwoch, 20 Uhr:  
**Gewerkschaftshaus**  
1. Konz. u. Opern- u. Operettenabend.  
Solist: Karl Köstler  
Dirigent: Ludwig Leschetizky.  
Einheitspreis 50%  
Donnerstag, 20 Uhr:  
**Der Barbier von Sevilla**  
Komische Oper

**Aus Handel und Handwerk**

**Anget- und Fischgeräte**  
**R. Kössling, Königstraße 121**

**DKW. - Schöffel-Motorräder**  
**Johs. Ricks, Dankwartsgrube 13**  
Reparatur billigst - Sämtliche Ersatzteile auf Lager

**Eisenwaren**  
**J. F. B. Grube, Markt-Kohlmarkt**  
Fernsprecher 20 900

**Fahrradhandlung u. Reparatur**  
**Heinr. Kruse, Fischergube 23**

**Farben - Drogen**  
**Heinr. Freibier, Warendorpsstr. 34**

**Jalousien - Selbstrollros - Holzrollros**  
**Fritz Teckenburg, Kl. Burgstraße 37**  
Telefon 22 259

**Klischee-Anfertigung**  
**Graphische Werkstätten**  
Fischstraße 25 Fernsprecher 27480

**Marmor**  
**J. E. Rother (Marmor-Rother)**  
Auf der Wallhalbinsel - Bei der Drehbrücke - Tel. 29610

**Nutzeisen**  
**Leen Lissianski, Kanalstr. 43/45**  
Büch. Schman, Stachel- und Koppelpack für Entfridigungen

**Rohprodukte - Nutzeisen**  
**Adolf Ruge, Am Retteich 5/11**

**Schleiferei - Stahlwaren**  
**Martin Jürgens, Lübeck, Huxstraße 78**  
Schönberg i. M., Siemser Str. 108

Jeden  
**Eisenhandlung Reese, Huxstr. 123**

**Terrazzo - Zementplatten**  
**A. Graffiti, An der Mauer 84**  
Fernsprecher 24 254

**Waschbalgen - Waschböcke**  
**F. Neelsen, Fischergube 40**

## Die Notwendigkeiten des Tages

# Gewerkschaftskonferenz in Hamburg

### Oeffentliche und private Wirtschaft - Bollwerke der organisierten Arbeiterschaft - Debatte über die freiwillige Dienstpflicht

#### Die Begrüßung

Der 11. Bezirk des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der die Städte Hamburg und Lübeck sowie die Gebiete Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin und das linkselbige Unterelbegebiet umfaßt, trat am Sonnabend im Hamburger Gewerkschaftshaus zu einer wichtigen Konferenz zusammen, in der eine Reihe öffentlicher und gewerkschaftspolitischer Fragen beraten wurde. An der Konferenz nahmen Vertreter des Hamburger Senats, des Landesarbeitsamts Nordmark, ferner der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein sowie Vertreter der sozialdemokratischen Partei, der genossenschaftlichen Betriebe und Beauftragte der befreundeten Wirtschaftsunternehmen als Gäste teil. Der Vorsitzende Hein, Hamburg, begrüßte herzlich die Delegierten und Gäste. Für den Hamburger Senat sprach Senator Ehrenfeldt und für die Partei Genosse Eisenbarth. Am ersten Verhandlungstag wurde ausschließlich ein großartig

#### Referat des Altonaer Oberbürgermeisters Brauer

über öffentliche oder private Wirtschaft entgegengenommen. Ausgehend von der Tatsache, daß die öffentliche Wirtschaft keine Erfindung der Neuzeit ist, sondern schon im Mittelalter in hoher Blüte stand, wandte sich der Referent scharf gegen das von der Privatwirtschaft ausgehende Restreben gegen die öffentliche Wirtschaft und gegen die Gemeinden. Er betonte, daß die Privatwirtschaft gar keine Ursache hat, sich so sehr auf den Grundsatzen der freien Konkurrenz und des freien Wettbewerbs zu berufen, da sie diese Grundsätze seit langem schon wieder verlassen habe. Öffentliche Wirtschaft, so führte der Referent unter mehrfachen Hinweis auf sein Frankfurter Referat vor dem Gewerkschaftskongress über das gleiche Thema weiter aus, ist heute notwendiger denn je. Die öffentliche Wirtschaft dient dem Gemeinwohl, die private Wirtschaft dem Profitstreben des Unternehmers. Die Durchführung großer Versorgungsbetriebe und die Befriedigung von Massenbedürfnissen kann heute weniger denn je vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus erfolgen, sondern muß Aufgabe der öffentlichen Wirtschaft sein. Große privatwirtschaftliche Organisationen fällen aber heute noch Entscheidungen, die weit über den Rahmen privatwirtschaftlicher Betätigung hinausgehen. Darum gehören alle Monopole auch in die öffentliche Wirtschaft. Jedes privatwirtschaftliche Monopol bedeutet einen Wirtschaftsstaat im Staate und eine Beseitigung des Unternehmerrisikos, das allein die Existenz der Privatwirtschaft rechtfertigt.

Die öffentlichen Betriebe sind schon aus ihrem sozialen Charakter heraus gerechtfertigt.

Nicht die öffentliche Wirtschaft hat verfaßt, sondern gerade die private Wirtschaft ist es gewesen, bei der durch die vielen Zusammenbrüche und durch das Ausmaß der heutigen Krise ein völliges Versagen festgestellt werden muß. Eine Ausweitung der öffentlichen Betriebe würde einem Monopol der Privatwirtschaft gleichkommen. Die öffentliche Wirtschaft soll aber gerade die Pionierrolle in der Wirtschaft inne haben. Der öffentliche Betrieb soll gewiß wirtschaftlich arbeiten, er soll aber auch Musterbetrieb in sozialer Hinsicht sein.

Ein großer Teil der Arbeitslosigkeit, unter der wir heute zu leiden haben, ist zweifellos auf die unfähige Seite gegen die öffentliche Wirtschaft zurückzuführen. Es ist auch vollkommen abwegig, zu behaupten, die Zerrüttung der Gemeindefinanzen sei auf eine verfehlte Kommunalpolitik zurückzuführen. Die Gemeindefinanzen sind durchaus gesund.

die schlechte finanzielle Lage der Gemeinden ist lediglich darauf zurückzuführen, daß man den Kommunen die Lasten für die Wohlfahrtsverbände aufgebürdet hat.

Es ist bezeichnend, daß die Angriffe gegen die öffentliche Wirtschaft sich besonders gegen die Gemeindebetriebe richten. Die Privatwirtschaft sieht hier den schwächsten Punkt, auf den sie glaubt mit Erfolg angreifen zu können, um die Aberschuhbetriebe für sich zu reklamieren. Straßenbau, Wasserversorgung, Friedhöfs- und Krankenhausverwaltung überläßt die Privatwirtschaft gern den Gemeinden. In der Privatwirtschaft ist so die freie Initiative zu einem Zerrbild geworden (Sehr richtig!). An Stelle des Wagemuttes ist der Zusammenschluß zur Sicherung der Rente getreten. Die behämiendste Forderung, so fuhr der Referent dann fort, ist deshalb das Verlangen einer Kontrolle der öffentlichen Betriebe durch die Privatwirtschaft. Gegen eine solche Forderung muß mit allem Nachdruck Stellung genommen werden.

Der Sinn des Angriffs auf die öffentlichen Gemeindebetriebe und auf die Gemeinden ist im übrigen nur darin zu suchen, daß man den durch das allgemeine Wahlrecht in den Gemeinden zur Geltung gekommenen politischen Einfluß der Bevölkerung wirkungslos machen will. (Zurufe: Sehr richtig!)

Nicht die Gemeinden sind an der heutigen Krise und großen Arbeitslosigkeit schuld, sondern das private Unternehmertum, das aus dem Risiko gestücht ist;

sei es durch feste und hohe Preisbindungen oder durch sonstige Kartellvereinbarungen, für die der Verbraucher zahlen muß. Das Risiko ist also auf den Verbraucher und die Allgemeinheit abgewälzt worden. Man hat sich nur auf die Güterökonomie eingestellt, aber die Menschenökonomie, deren Förderung darum gerade der öffentlichen Wirtschaft obliegen muß, vollkommen unberücksichtigt gelassen. (Lebhafte Zurufe: Sehr wahr!)

Der Redner betonte zum Schluß die Notwendigkeit der Erhaltung und des Ausbaues der öffentlichen Wirtschaft auf den Gebieten, die ihr vor allem zukommen. Das sind die Gebiete der Massenversorgung. Die öffentlichen Betriebe und die Genossenschaften sind auch die zu-



Oberbürgermeister Brauer-Altona

verlässigsten Träger der Wirtschaftsdemokratie, die trotz aller Widerstände der Privatwirtschaft einmal kommen wird. Die Umwandlung des heutigen Wirtschaftssystems ist kein fernes Zukunftsziel mehr, sondern ein täglich fortschreitender Entwicklungsprozess.

Eine höhere Form der Wirtschaft wächst heran, in der das Gesamtinteresse und das Allgemeinwohl die Führung erhalten.

Die Konferenz unterstrich die ausgezeichneten Ausführungen des Referenten durch langanhaltenden, lebhaften Beifall. Von einer Ansprache wurde Abstand genommen. Die Verhandlungen wurden sodann auf Sonntag morgen vertagt.

#### Die Gewerkschaften unter dem Druck der Not

Am Sonntag vormittag sprach der Vertreter des ADGB, Schulze (Berlin) über den Frankfurter Gewerkschaftskongress und den Kampf der Gewerkschaften zur Linderung der Not. Mit ungeheurer Wucht

drangen die Ereignisse auf die Arbeiterschaft ein und öffneten einen Blick in den Abgrund, dem wir nicht entrinnen können, wenn es uns nicht gelingt, die Verhältnisse zu meistern. Die Haltung der Gewerkschaften wurde stark umstritten und fand natürlich auch unkritische Befürworter verantwortungsloser Parole-schmiede. Nazi und Stahlhelmer gründeten nach dem kommunistischen Vorbild Betriebszellen, um die Gewerkschaften zu sprengen. Der stabile Stand unserer Bewegung aber gibt Zeugnis von dem Zusammenhalt und der Kraft unserer Organisation. Die Unternehmer, die mit ihrem Lohnabbauversuch recht viel Erfolg hatten, sparen nicht mit gehässigen Angriffen gegen die angeblich eigennütigen Interessen der Gewerkschaften. Die Verhandlungen des Frankfurter Kongresses gestalteten sich zu einer großen Anklage gegen die Wirtschaftsführer und den ihrer Forderungen Rechnung tragenden Reichsbehörden. Leiwart konnte mit einer Fülle von Material aufwarten, wie die Gewerkschaften auf allen Gebieten für die Interessen der Arbeiterschaft eintreten, und er wandte sich auch sehr entschieden gegen die Ansicht der Unternehmer, die Lohnpolitik der Gewerkschaften für die verwerflichste Wirtschaftslage verantwortlich zu machen.

Die Einengung des Lohnes hatte gerade eine Verstärkung der Krise zur Folge.

Selbstverständlich benutzte Leiwart die Gelegenheit, die Verbundenheit der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei erneut festzustellen; beide werden sich immer dafür einsetzen, die Ziele und Hoffnungen der Faschisten zurückzudrängen. Wir haben kein Interesse am Bürgerkrieg und wollen dessen Folgen solange wie möglich von der Arbeiterschaft abwenden.

Die brennendste Frage ist die der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, deshalb stand die 40-Stunden-Woche im Brennpunkt des Interesses. Wenn dadurch nur 700 000 bis 800 000 Arbeiter untergebracht werden können, ist schon etwas geschafft. Selbstredend sei auch in der Arbeiterschaft selbst ein gewisser Widerstand gegen die 40-Stunden-Woche zu überwinden, der in der Tatsache der Lohnminderung liegt. Die Arbeiterschaft werde aber vor diesem Akt der Solidarität nicht zurückweichen. Der Widerstand der Unternehmer resultiere aus der Furcht, daß die Kraft der Gewerkschaften bei steigender Konjunktur den Lohnausgleich wieder herbeiführen werde. Der Redner nahm wiederholt bezug auf die bedeutungsvollen Reden der Genossen Lederer und Brauer, die demnächst als Sonderdruck erscheinen und streifte zum Schluß die Entwicklung des Arbeitsrechtes und die soziale Rechtsprechung. Der geschlossene Wille der Arbeiterschaft fordere ein einwandfreies Tarifrecht; heute greife die Regierung durch Notverordnungen ein. Die Arbeiterschaft erkenne trotz aller Anfechtungen in ihren Gewerkschaften den einzigen Rückhalt; sie werde

## Die Landesversicherungsanstalt berichtet

# Jahresübersicht eines sozialen Unternehmens

### Auch hier spricht die Not!

Mit Ablauf des Jahres 1930 vollendete die deutsche Invalidenversicherung ihr vierzigstes Lebensjahr. Für Feiern und Festschriften ist das kaum ein zureichender Grund. Einen kurzen Rückblick im Rahmen eines Jahresberichts ist das Ereignis insofern wohl wert, schon um die wichtigsten Daten der Vergangenheit festzuhalten, bevor sie, nicht mehr durch das Gedächtnis von Mitarbeitern aus den ersten Jahren gestützt, allzu tief in weggelassen Akten versinken.

Zum Leiter der Hanseatischen Versicherungsanstalt und zum Vorsitzenden ihres Vorstandes beriefen die drei Senate den damaligen Stadtdirektor von Bremerhaven, Hermann Gebhard, der als Mitglied des Reichstages an der Entziehung des ersten Invalidenversicherungsgesetzes in der Kommission sowohl wie als Berichterstatter im Plenum lebhaft mitgewirkt hatte; Direktor Gebhard leitete die Versicherungsanstalt — seit Januar 1900 „Landesversicherungsanstalt der Hansestädte“ — bis 1906.

Zu seinem Nachfolger wurde nach seinem Tode der Geheimrat Regierungsrat Bielefeldt berufen. Er war Direktor der Versicherungsanstalt bis zum 31. Januar 1924.

Seit dem 1. Februar 1924 leitet Präsident Helms die Landesversicherungsanstalt.

#### Der Geschäftsgang

war mit 240 613 Eingängen bei der Hauptverwaltung — die Ausgänge sind nicht gezählt, dürften aber annähernd dieselbe Höhe erreichen — so lebhaft wie nie zuvor.

Im Anschluß an die Arbeiten der vom Reichsverband der Landesversicherungsanstalten eingesetzten Rationalisierungskommission hat der Vorstand sämtliche Zweige der Verwaltung erneut auf zweckmäßige und einfache Gestaltung des Geschäftsganges durchgeprüft. Große Ergebnisse waren am so weniger zu erwarten, als der Vorstand dieser Frage schon seit Jahren besondere Aufmerksamkeit zugewandt und sich fortlaufend um Verbesserungen bemüht hat. Immerhin sind, mehr für die Beschleunigung des Geschäftsganges als für Ersparnis an Personal, beachtliche Erfolge erzielt worden. Sehr bewährt hat sich bei der Beitragsüberwachung in Hamburg die Voranfrage: die Aufnahme der Beamten war freundlicher, die Karten meist zur Stelle und, wo irgend die Mittel vorhanden waren, auch ordnungsmäßig besetzt. Rehrte diese Vorzüge ist die Gefahr, daß, nachdem einmal kontrolliert ist, die Kartenverwendung bis zur nächsten Kontrollanfrage liegen bleibt. Ganz wird demnach daneben die unvermutete Revision nicht fehlen dürfen.

#### Der Rentenbestand

Insgesamt liefen Ende 1930 81 627 Renten gegen 75 968 Ende 1929.

In dem Rückgang der Rentenrenten, der in den letzten Jahren anhält, kommt neben dem Auscheiden der Kriegs-Waisen der Geburtenrückgang unseres Großstadtbezirks zum Ausdruck;

die 10 609 Waisenstämme umfaßten 14 166 Waisen, also im Durchschnitt 1,33 Waisen je Stamm (Reichsdurchschnitt 1930: 1,45).

Auf die Altersgruppen verteilen sich die laufenden Invaliden- und Witwenrenten wie folgt:

Alter der Rentenempfänger	Invalidentrenten	Witwenrenten
19—30 Jahre	827	16
30—40 Jahre	2463	147
40—50 Jahre	3608	712
50—60 Jahre	5847	2301
60—65 Jahre	5634	2536
über 65 Jahre	5691	10139
	54070	15852

Mit Einschluß der 1096 Altersrenten alten Rechts entfallen bei der Invalidenrente 67 Prozent des Bestandes, bei der Witwenrente 64 Prozent des Bestandes auf Rentenempfänger, die mehr als 65 Jahre alt sind. Rund zwei Drittel aller laufenden Invaliden- und Witwenrenten sind danach, praktisch gesprochen, Altersrenten; nimmt man die Altersgruppe 60—65 hinzu, deren Renten meist auch mit dem Alter zusammenhängen, so sind mehr als drei Viertel der laufenden Invaliden- und Witwenrenten altersbedingt. Die mittlere Laufdauer einer Invalidenrente beträgt nach den neuesten Berechnungen des Reichsversicherungsamtes 7 Jahre 3 Monate, die einer Witwenrente 4 Jahre 2 Monate. (Amtliche Nachrichten 1931 IV 207.)

In 1763 Fällen (im Vorjahr 1240) wurde gegen anerkennende, ablehnende, entziehende und Ruhens-Bescheide des Vorstandes Berufung erhoben, 12 (17) Fälle wurden vom Reichsversicherungsamt an das Oberversicherungsamt zurückverwiesen und 461 (303) Fälle aus den Vorjahren übernommen. Von diesen 2236 (1560) Fällen wurden 1498 (1099) erledigt, davon 1084 (766) gleich 72 Prozent, im Vorjahr 70 Prozent) zugunsten der Landesversicherungsanstalt, 414 (333) (gleich 28 Prozent, im Vorjahr 30 Prozent) zugunsten der Versicherten, und 738 (461) unerledigt auf 1931 übernommen.

Im Berichtsjahre (Vorjahr) sind 2197 (1593) ablehnende und 623 (480) entziehende Bescheide erlassen worden. Von diesen sind 1046 gleich 48 Prozent (707 gleich 44 Prozent) bzw. 382 gleich 61 Prozent (254 gleich 53 Prozent) mit der Berufung angefochten worden, insgesamt also mehr als die Hälfte dieser Bescheide.

Gegen Entscheidungen des Oberversicherungsamtes ist Revision

in 115 (96) Fällen eingelegt worden; 50 (79) Revisionen sind aus den Vorjahren übernommen. Von diesen 165 (175) Fällen



Verlorenes nicht nur zurückerobert, sondern mit aller Macht an der Befestigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung arbeiten. (Lebhafter Beifall.)

### Den Rechenschaftsbericht

gab Sekretär Hein. Er streifte darin u. a. auch die in den letzten Jahren ständig eingetretene Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und verwies auf die vielen Beschwerden über zu langes Liegenbleiben der Anträge sowie über mangelndes soziales Verständnis bei manchen Beamten. Bei der Besetzung verantwortlicher Stellen in den Arbeitsämtern seien wir zurückgeblieben worden, auch sei es nicht gelungen, eine bessere Abgrenzung der Arbeitsämter zu erlangen. Bei der Durchführung von Notstandsarbeiten hätten wir auf tarifmäßiger Bezahlung bestanden, die kleineren Gemeinden aber forderten sehr niedrige Löhne, andernfalls sie Notstandsarbeiten ablehnten. In der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes lägen eine Reihe von Anträgen beim Landesarbeitsamt vor. Der Redner hegt die Befürchtung, daß dadurch der Tariflohn bedroht werde und die Freiwilligkeit zur Dienstpflicht ausarten könne. Man müsse die Entwicklung scharf beobachten. Weiter kritisierte Hein die Notverordnung über die Krankenkassen, die weitere Einschränkungen der Sonderleistung bedingt und dem Erbschaftswesen neuen Aufschwung gibt. Zum Schluss kam er auf die Gewerkschaftsbäuer zu sprechen, die ganz sorgfältiger Finanzgebarung bedürftig sind und nicht auf Kosten der Mitglieder errichtet oder unterhalten werden dürfen.

Günther (Samburg) berichtete über die Arbeitsgerichte, an denen 990 Arbeitsrichter aus den verschiedenen Gewerkschaften tätig sind. Da überdies noch etwa 1000 Kollegen in den verschiedensten Körperschaften der Sozialversicherung tätig sind, sei eine besondere Schulung notwendig. Umfangreiche organisatorische Änderungen ständen in den Landesversicherungsanstalten bevor und erheischen größte Aufmerksamkeit. In der gewerkschaftlichen Jugendarbeit sei besonders auf die Erweckung und Erstarbung des sozialen Geistes Bedacht zu nehmen. Für die Kurse der erwerbslosen Jugend habe man wohl beim Landesarbeitsamt, nicht aber bei den Arbeitsämtern Verständnis gefunden. Die Jugend lebe in Leid und Not und bedürfe der Pflege, damit sie bei größeren Kämpfen die Erneuerung der Welt durchführen könne.

wurden 101 (125) erledigt, davon 87 (99) zugunsten der Landesversicherungsanstalt, 6 (2) zugunsten der Versicherter, 8 (23) durch Zurückverweisung an das Oberversicherungsamt; 64 (50) wurden auf 1931 übernommen. Von den Pensionen hatte die Landesversicherungsanstalt 19 (10) eingelegt, 96 (86) die Versicherter. Es ist schon wiederholt angedeutet worden, daß

#### für die Gesundheitsfürsorge

in der Invalidenversicherung das Jahr 1930 einen Wendepunkt bildet: bis dahin Auf- und Ausbau, unterbrochen allerdings durch — zum Teil schwere — Rückschläge während der Kriegs- und Inflationsjahre. Nunmehr aber kehrt, so scheint es, der Umschlag ein: Der Ausblick in die Zukunft wird verdunkelt durch die schwere Wirtschaftskrise, die sich in diesem Jahre in voller Macht in Deutschland auswirkt. Die deutsche Invalidenversicherung, nach der Inflationszeit auf der für eine Rentenversicherung mißlichen, zunächst allerdings allein möglichen Grundlage des Umlageverfahrens aufgebaut, steht auch in normalen Zeiten unter dem Druck, daß ständig die Rentenkasse gegen die Beitragseinnahme anwächst. Besondere Rentenerhöhung einerseits, härterer Beitragsausfall infolge Arbeitslosigkeit andererseits, haben dahin geführt, daß bereits das Jahr 1930 nur mit einem ganz geringen Ueberschuß abschließt; bereits das laufende Jahr wird einen Fehlbetrag von etwa 200 Millionen Reichsmark bringen. Der Fehlbetrag kann für das laufende Jahr, vielleicht auch noch für einen Teil des nächsten Jahres, falls der Wertpapiermarkt wieder leidlich normal wird, aus den flüssigen oder doch leichter realisierbaren Vermögensbeständen der Anstalt gedeckt werden, während das Herausziehen der im Kleinwohnungsbau und für gemeinnützige Anstalten festgelegten ersten Hypotheken kaum ohne große Unzuträglichkeiten möglich sein wird. Bis dahin wird, darf man hoffen, die von der Reichsregierung bereits für den Herbst des laufenden Jahres angekündigte Sanierung der Invalidenversicherung in die Wege geleitet sein, deren Aufgabe es sein wird, Beitrag und Rente auf längere Sicht in ein annehmbares Verhältnis zu einander zu bringen, ohne dabei den Spielraum für das so wertvolle Selbstverfahren im Ueberschuß zu beengen.

### Winterhilfe in Lübeck

Die Reichsregierung unterstützt einen Aufruf der Reichsverbände der freien Wohlfahrtsvereine, in welchem die ganze Bevölkerung zur Hilfeleistung und zum persönlichen Opfer für die Erwerbslosen und Notleidenden im Lande aufgerufen wird. Der derzeitige aus den Vereinen der Lübecker privaten Wohlfahrtsverbände gebildete Ausschuss, der im Frühjahr dieses Jahres die so erfolgreiche Sammlung „Vollstühle in Volkswort“ durchgeführt hat, hat sich nun auch mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise seitens der freien Verbände die Winterhilfe in Lübeck in Angriff genommen werden soll. Er hat heftigsten im gegenwärtigen Augenblick von einer gemeinsamen Sammlung Wunsch zu machen, die vielmehr erst für die kälteren Wintermonate vorzubereiten. Dagegen treten jetzt die einzelnen Wohlfahrtsvereinigungen mit der Bitte um Spenden an Geld, Kleider und Lebensmitteln an die Bevölkerung unserer Stadt heran. So hat in diesen Tagen der Ausschuss für Arbeiter-Rohlfahrt, Lübeck, seinen Aufruf veröffentlicht; die Evangelische Winterhilfe ist in der St. Marien- und St. Agidien-Gemeinde bereits eingeleitet worden und wird in den nächsten Tagen auch in den übrigen Kirchengemeinden wirksam werden. Die Zentrale für private Fürsorge und der Stadterwerb Lübecker Frauvereine werden ebenfalls von ihrer Seite bedeutende Hilfsmassnahmen treffen. So wird wohl kein Wohlfahrtsverband in unserer Stadt zurückbleiben. Durch eine zweimächtige Organisation und freundschaftliches Zusammenwirken der beteiligten Verbände in Sorge bringen, daß die erforderlichen Mittel planmäßig verteilt werden und den wirklich Bedürftigen zufließen können. Im Hinblick auf die große Not, die auch in unserer Stadt herrscht, sei jeder Einzelne, der sich in der städtischen Lage in Opfer bringen zu können, auch an dieser Stelle herzlich gebeten, sich nach dem Not seiner Kräfte an dem großen und vielfältigen Hilfswerk der freien Wohlfahrtsvereine in Lübeck zu beteiligen. Weitere Auskünfte erteilt auf Wunsch die Geschäftsstelle der „Vollstühle in Volkswort“, Königstraße 1 II. Zentr. 2114.

### Heute

- 16. Punkt. Fortsetzung der letzten Sitzung 8 Uhr im Saal.
- 18. Punkt. Fortsetzung 8 Uhr im „Caféhaus“ Zentr. 2114.

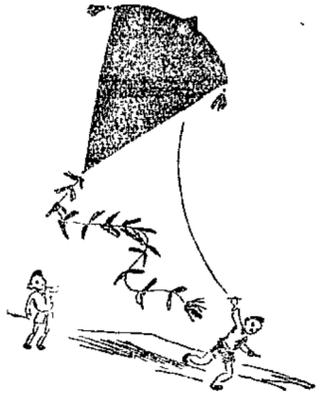
### In der Aussprache

beteiligten sich eine ganze Anzahl Kollegen. Es kam darin hauptsächlich der Vorschlag gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und die Angriffe auf das Tarifwesen zum Ausdruck, ferner wurde die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes ausgiebig behandelt und von allen Rednern verurteilt. Es wurde aber auch vorgetragen, daß wir diese Notverordnung nicht verhindern könnten. Wir müßten uns auf eine taktische Behandlung der Frage einrichten, da wir mit einer negativen Einstellung nicht weiterkommen, den Dingen nicht mit verbundenen Augen zusehen und sie den reaktionären Kreisen überlassen dürften. Der Vertreter von Wölln wies auf den Widerstand der Arbeiter im Landgebiet gegen die 40-Stunden-Woche hin, für die eine Lohnkürzung fast untragbar sei. Er forderte raschere Erledigung der Unterstützungsanträge und tüchtigere Kräfte für die Spruchpraxis in den sozialpolitischen Instanzen. Soßte vom Landarbeiterverband verwies auf die Gefahr, die vom Lande und den kleinen Städten droht. Dort sei die Not vielfach größer als in den Städten und die Arbeitslosigkeit prozentual noch stärker. Es mangle dort an Wohlfahrtsunterstützung.

Schulke (Berlin) erklärte es als selbstverständlich, daß die Gewerkschaften ihre ganze Autorität gegen den Lohnabbau einsetzten. Wenn alle Vorstellungen nichts nützen, müßte deren gesamte Kraft selbst auf die Gefahr eines Verlustes aufgebracht werden. Die größte Sorge sei die um die Arbeitslosen im Winter. Gegen diese Not müßten private Mittel wenig. Aber trotzdem müßte alles getan werden, um das Elend zu lindern. Die Arbeiterklasse werde mit allen Mitteln versuchen, helfend einzugreifen. Ueber den freiwilligen Arbeitsdienst herrsche keine Meinungsverschiedenheit. Wir sind alle grundsätzlich Gegner und würden lieber heute als morgen diese Notverordnung beseitigen. Aber um zu verhindern, daß unter dem Deckmantel des freiwilligen Arbeitsdienstes anderen Brot und Arbeit weggenommen wird, müssen wir miteingreifen und dürfen nicht alles den Gegnern überlassen.

Damit war die Aussprache erledigt. Bei der Wahl des Bezirksausschusses wurde der Gauleiter des Landarbeiterverbandes, Soße, hinzugewählt.

### Wie wird das Wetter am Dienstag?



Windig

Mäßige bis frische über Nord nach Ost drehende Winde, wohl g. nur noch geringe Schauer, ziemlich kühl. Ganz Nord- und Mitteleuropa wird zugeht von Polarluftmassen überlagert, die mit einer starken nördlichen Strömung von Skandinavien her über uns vorbringt. In diese sind noch Ausläufer des über Finnland bezogenen Tiefes eingelagert und bringen erhebliche Regenschauer. Während bei uns der Luftdruck zugeht noch fällt hat über Skandinavien jetzt allgemeiner Druckanstieg eingesetzt. Es liegt in der reinen Polarluftströmung. Das Hoch das mit fast 750 Millimeter bisher unverändert westlich Island lag entwickelt in einen Hochdruck sich nach Skandinavien. Das westliche Ausläufer außer dem jetzt über dem Skandinavien nicht erkennbar sind dürfte mit einer allmählichen Zunahme des Wertes zu rechnen sein. Das Hochdruckgebiet westlich Island dürfte bald durch eine erneut einsetzende Warmluftströmung an Ort und Stelle abgebaut werden.

### Briefe an die Redaktion

#### Spielplätze und unsere Kinder

Streift man einmal in seiner Freizeit durch die Vorstädte und Siedlungen, so trifft man fast überall einen Spielplatz, oftmals zentral gelegen. Ganz anders auf der Siedlung Moisling, vor Jahren lag hinter den Gärten der Häuser Nr. 166—176 ein eingezäunter Spielplatz. Doch mußte dieser bald aufgegeben werden, denn gerade hier, wo der Spielplatz lag, sollten Landparzellen geschaffen werden. Ohne Spielplatz sollten unsere Kinder nun auch nicht sein und so gab Vater Staat ein Stück Brachland her, am Ende der Siedlung, kurz vor Kecke-Mendorf gelegen, eine Einzäunung glaubte man sparen zu können. Hier draußen am Ende der Welt von den Angehörigen nicht gesehen, sollen unsere Kinder auf dem Brachland spielen, das überfüllt ist mit Andenken der dort oft weidenden Kühe.

Wir Siedler bitten nun den Lübecker Staat, gebt uns auf dem unbebauten Gelände, das seines Grundwassers wegen auch kaum bebaut werden kann, einen Platz, gebt uns Einzäunungsmaterial und wir werden uns selber einen Spielplatz schaffen, jawohl einen Spielplatz und in der Niederung werden wir einen Teich ausheben, der den Kindern als Planschbecken dienen kann, und dem Feuerlöschweien bestimmt nicht schlechte Dienste leisten wird, wenn einmal Feuer ausbrechen sollte.

Also bitte nur einen Geometer zum Abstecken des Geländes und Material zum Einzäunen und ein Spielplatz erstell.

Sollte jedoch unser Wunsch unerfüllbar sein, dann gebt uns unsern alten Platz hinter den Häusern Nr. 166—176. Auf der jetzt angewiesenen Stelle darf er nicht bleiben.

Th. Spiegel.

Die Volkshochschule bittet im Anschluß an die letzte Lokalnitz zu beachten, daß die Einschreibungen zu den Lehrgängen erst am 28. September d. J. beginnen und zwar von Montag bis Sonnabend 12 bis 13 Uhr und 17 bis 20 Uhr in der Stadtbibliothek (Hundestraße 5, Leihstelle). Auf die beträchtliche Verabreichung der Gebühren machen wir nochmals aufmerksam.

Achtung, Streik! Die Steinmehnen und Schleifer der Firmen Nechtglau, Lange und Bruhn stehen im Abwehrstreik. Zugang ist fernzuhalten. Die Streikleitung.

Die Temperaturen in den Badeanstalten Falkendamm und Krähenteich: Wasser 15 Grad, Luft 15 Grad.

### Turner werden!

#### Sport ist gesund!

Am Sonnabend fand der bereits zweimal verregnete Werbeabend des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Lübeck im Lunapark statt. Sein Zweck war, die in dem Stadtteil wohnende Bevölkerung, vor allem aber die Jugend, für den Gedanken des Arbeitersports zu interessieren. Dieser Zweck dürfte mit der Veranstaltung erreicht worden sein. Es ist nur zu empfehlen, daß derartige Veranstaltungen auch in den anderen Stadtteilen unternommen werden. Das ist sicherlich nur zum Vorteil für unsere Arbeiterbewegung.

Das Programm der Darbietungen zeigte so ziemlich die bekanntesten Arten des Hallenturnens. Nachmittags hatten die Kleinen schon allerlei gezeigt und am frühen Abend rückten nun die verschiedenen Gruppen heran, ihr Können zur öffentlichen Schau zu stellen. Tennis hat zeigte Tisch-Tennis. Von ganz besonderem Interesse waren die Leistungen von Barren und Reck. Hier zeigt sich immer wieder die rein sportliche Leberlegenheit der Turner über die sonst so populären Fußballer. Auch die Frauenabteilung konnte mit ihren Leistungen sehr wohl guten Sport repräsentieren. Die Pausen wurden ausgefüllt durch die bei allen immer wieder Anerkennung findenden Spiele des QR.

Aufmerksam verfolgte die große Zuschauermenge das reichhaltige Programm, das in allem die gewohnte Disziplin der proletarischen Sportbewegung offenbarte.

Neue Kurzarbeiterunterstützung. In den am Sonnabend von uns veröffentlichten Erläuterungen der Neuregelung befindet sich in dem ersten Satz der Ziffer 2 leider ein Fehler, wodurch das Gegenteil dessen zum Ausdruck kommt, was gesagt werden sollte. Es muß also richtig heißen: Die Arbeitnehmer müssen in einer Kalenderwoche infolge von Arbeitsmangel 3, 4 oder 5 volle Arbeitstage nicht gearbeitet haben.

## DER FILM DER WOCHE

### Stadthallen-Sichtspiele

#### Der Bettelstudent

Nun ist auch diese prachtvolle Operette mit ihren so herrlich lebendigen Motiven von der Tonfilmproduktion verarbeitet worden. Und dies ist eigentlich der rechte Zeitpunkt, der nicht unbedeutlichen Zahl der strecken Theaterbesucher den Weg zum Kino an der Mühlentorbrücke zu weisen. Gemäß: das Theater vermag speziell im Singpiel die Plastik der Szenerie besser herauszuarbeiten. Der Tonfilm wiegt aber gleich, wenn man seinen viel größeren Spielraum und die sich daraus ergebende Beweglichkeit der Mitwirkenden ins Auge faßt. Das das erfreuliche! Das Spiel ist äußerst wirksam; zwei bedeutende Kräfte des Theaterlebens teilen sich die Hauptpartien. Und wo in der Welt gäbe es für die Rolle des Festungswachunteroffiziers eine bessere Typen wie Pich? Eine bessere Figur für das lustige Spiel des Freundes unseres Bettelstudenten als unseren Schulz, der neben Arno und Brestart sicherlich eines der größten „Marken“ des heutigen Tonfilms ist? Die gesanglichen Darbietungen sind gut. Und auch die rein technischen stellen zufrieden. wobei man aber auch der Tonfilmregie im allgemeinen von unserer bescheidenen Warte aus ruhig einmal sagen kann, daß hier wie auch in anderen Tonfilmen das Linsenziel noch lange kein Effekt ist. Sonst wars nett beim Bettelstudenten.

In der kommenden Wochenschau spricht Baldwin von Englands Not. Und in Italien startet zur großen Parade die Kleinigkeit von 90 Kriegsschiffen. Ein Bild von phantastischer Pracht ist die Landung des Do. X auf den Wäldern vor Neuyork.

Der Ritz-Maus-Film ist wie immer lustig. H. A.

### Central-Theater

#### Jede Frau hat etwas

Der Titel dieser amüsanten Tonfilmoperette stimmt schon. Jede Frau hat so etwas, das uns einfältige Herren der Schöpfung betört und blind macht. Die dumme Liebe überbrückt oft die größten Standesunterschiede. Das ist auch die Quintessenz dieser lustigen Geschichte, die nicht weniger als vier liebende Paare glücklich zusammenführt. Die vornehme junge Dame liebt den Diener, der junge Herr knirscht die Köchin ab, ein besessener Detektiv heiratet das Studienmädchen und die übergeschnappte Edelknecht heiratet sich einen blöden Bibliothekar. Am Ende stellt sich allerdings heraus, daß die vermeintlichen Bediensteten auch

aus „besserem“ Hause sind und somit die Standesfrage gerettet ist. Manche humoristischen Szenen und witzigen Einfälle lassen die technischen Mängel dieses Films übersehen. Aus der Reihe der Darsteller treten besonders Kurt Westermann und die bekannte Soubrette Trude Berliner hervor, die als lebenslustiges Geschwisterpaar von einer komischen Situation in die andere stolpern. — Spannender und auch technisch besser ist der stumme Film „Der Feder“, der teils in England, teils unter der glühenden Sonne Afrikas spielt. Die Massenfiguren sind großartig, mit Elan und materischem Empfinden gedreht. Grausig und atemraubend ist der Kampf einer Kolonialtruppe mit den wilden Söhnen der Wüste. Das ganze Unrecht, das die technisch überlegene weiße Rasse mit ihrer Kolonialpolitik an den Völkern Afrikas verübt, wird durch diese Bilder offenbar. wb.

### Schauburg

#### Eine vielseitige Welt

Drei Filme halten sich die Höhe. Leben, Tempo und Farbe haben sie alle. Einer hat sogar echte Farbe: „Rothaut“, der allerdings nicht deswegen besticht, sondern weil er den brutalen Vernichtungskampf der noblen Weißhäute gegen die Rothhäute in das richtige Licht setzt. Es ist diesmal nicht der übliche Wildwestabau — es ist wirklich eine Episode vom Untergang einer Rasse. — Hiernach gehen wir auf einen Sprung weiter nach Südamerika zu „Senorita“, eine Hosenrolle. Aber man muß gesehen: sie beherrscht dies Kleidungsstück gut. Kann sie auch nicht der größte Held der Caballeros werden, wie ihr Großvater sich den Entel wünschte, so kann sie jedoch die größten Gallunten in jener Gegend zur Strecke bringen. Sie entledigt sich ihrer Gegner teils dadurch, daß sie sie heiratet, teils dadurch, daß sie ihnen als Meisterfischerin den Degen auf die Brust setzt. Nebst ihrer Anmut ist das ihre stärkste Waffe. — Im letzten Teil geht's dann wieder einen Sprung zurück in den „Schatten von Paris“. In diesem Schatten lebt sich aber gar nicht so früh und finster. Zum mindesten ein s lobert Lichterloh: die Leidenschaft. Abwehrend sind wir in der Ober- und Unterwelt. Oben sind wir Automat und unten Mensch. Kein Wunder, daß es uns also nach unten zieht. Im Mittelpunkt steht ein sympatischer bezaubernder Eumischgut, den die ganze Damenunterwelt oder Unterdamenwelt (wie sagt man hier?) verhäßt. Ober nein: im Mittelpunkt steht überhaupt, wie immer in Pariser Affären, das Weib. Nicht eine bestimmte, sondern schlechte — das!

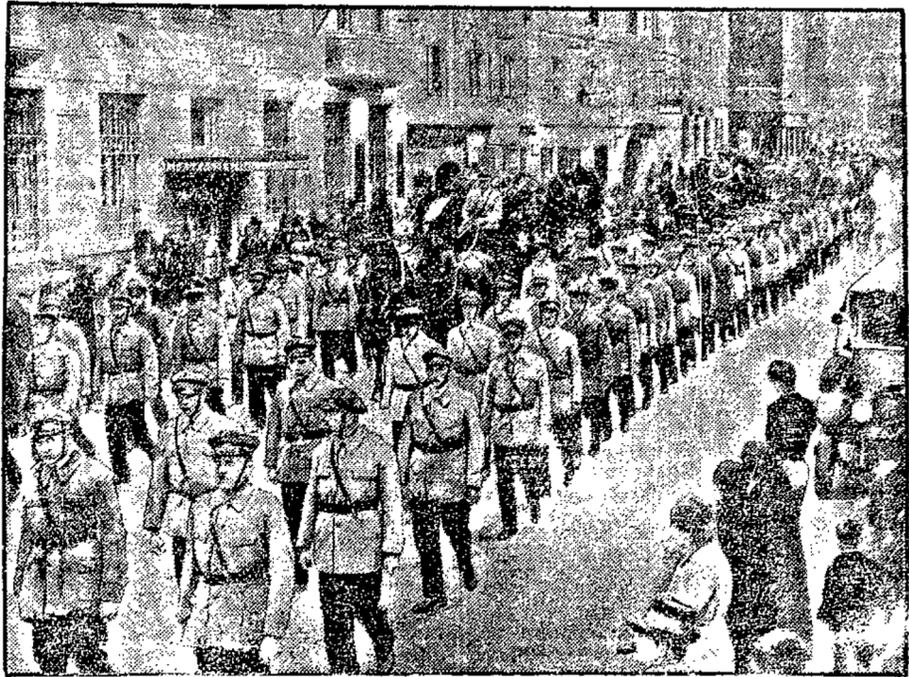
# Rund um den Erdball

## Selbstmordversuch: drei Monate Gefängnis

Von einem Londoner Gericht wurde ein wegen Betrugs mit einem Jahr Gefängnis vorbestrafter Stellungloser Handlungsreisender wegen Selbstmordversuchs zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung sagt der Richter, daß der Angeklagte „keinen äußeren Grund zur Verzweiflung“ gehabt hätte; obgleich er eben erst aus dem Gefängnis entlassen worden wäre als er sich das Leben nehmen wollte, sei ihm doch von verschiedenen Seiten tatkräftige Hilfe angeboten worden. Der Handlungsreisende hätte diese Hilfe zurückgewiesen und sich in Verzweiflung „hineingesteigert“. Der Richter erklärte weiter, daß er auf das an sich in England noch selten angewandte Selbstmordgesetz zurückgreife, damit sich der Angeklagte im Gefängnis „geistig sammeln und sich auf ein geordnetes und geordnetes Leben vorbereiten“ könne.

## Ruppelkrieg

Vom Anzuchtbezernat der Staatsanwaltschaft I in Berlin wurde gegen mehrere Berliner Anzeigenexpeditoren und zahlreiche Inserenten ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen den § 184 des Strafgesetzbuches eingeleitet. Durch dieses Strafverfahren, von dem noch nicht feststeht, ob es im Rahmen einer großen öffentlichen Verhandlung durchgeführt werden wird, soll der von verschiedenen Seiten verlangte Kampf gegen die zweideutigen Kuppler-Inserate einer gewissen Berliner Presse eingeleitet werden. Diese Inserate, in denen auf scheinbar harmlose Weise Sprachschüler oder Kunden für Manicüresalons gesucht werden, sind in Wahrheit auf unschöne Weise aeternie Bordellanzeigen. Die anständige Presse hat seit je die Annahme derart für jeden Eingeweihten unmißverständlicher Inserate abgelehnt — nicht zuletzt im Interesse des durch diese heuchlerische Methode wirtschaftlich schwer geschädigten Sprachlehrerstandes. Im Verlauf des dem Berliner Strafantrag vorangegangenen staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens sind bereits mehr als 100 Personen polizeilich vernommen worden.



**Trauerfeier für die Opfer des Heimwehrputsches**

Der Trauerzug in den Straßen von Bruck a. d. Mur.

Der österreichische republikanische Schutzbund veranstaltete eine imposante Trauerfeier für die Opfer des Heimwehrputsches, die beiden erschossenen Arbeiter Kainz und Geisler. Ein riesiger Zug von Schutzbundtruppen bewegte sich durch die Straßen von Bruck.



**Deutsches Flugzeug in Schweden abgestürzt**

In der Nähe von Biresjö in Schweden stürzte ein deutsches Flugzeug mit vier Insassen ab und zerfiel. Die Insassen — unter ihnen zwei Deutsche aus Bayern — kamen ums Leben.

## Neue Katapult-Konstruktion

Die deutschen Werke in Kiel haben ein neues Flugzeug-Katapult konstruiert und mit dem Wasserflugzeug D 1462 erfolgreich ausprobiert. Die Führung der Gleitbahn ist bei dieser neuen Konstruktion auf einen turmartigen Unterbau aufgesetzt und um den ganzen Kreisbogen schwenkbar. Die Schleuderung erfolgt durch Preßluft von 30 bis 40 Atmosphären Druck. Der Druck wirkt auf einen am Fundament befestigten Kolben und wird von hier aus mittels Rollen und Seilen flaschenzugartig und mit dreifacher Beschleunigung auf den Schlitten übermittelt, der das Flugzeug trägt. Am Ende der Startbahn löst sich das Flugzeug, dessen Motor beim Start bereits auf die höchste Tourenzahl gebracht wird, ruhig vom Schlitten ab.

## Rekordflugzeug im Meer versunken

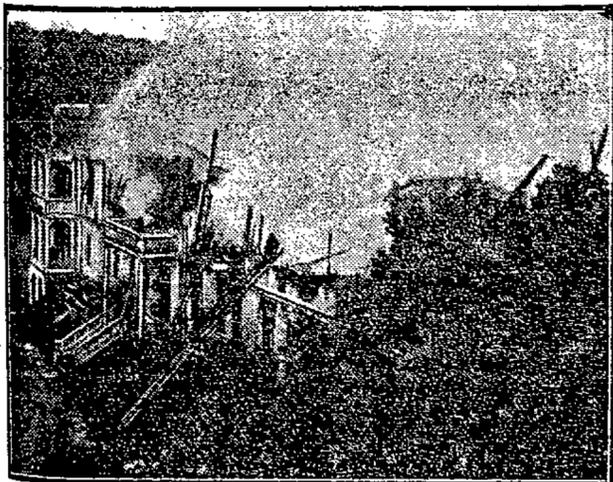
Das englische Vickers Koff-Kopce-Flugzeug „S 1596“, mit dem Leutnant Stainforth den Geschwindigkeitsrekord auf rund 610 Stundenkilometer verbesserte, ist bei einer Wasserung gekentert und gesunken. Lediglich dem Zufall, daß die Maschine eine Geschwindigkeit von „nur noch“ 100 Stundenkilometern hatte, ist es zu verdanken, daß Leutnant Stainforth mit einigen Hautabwürgungen davongekommen ist.

## Kurze Meldungen

**Gelöchter Petroleumbrand.** Der Brand in der Petroleumsonde bei Moreni (Rumänien) ist nach 24jährigem ununterbrochenem Wüten erloschen. Durch das Einstürzen einer Seite des Kraters wurde das Feuer erstickt.

**Der Schah des Maharadscha.** Aus dem Besitz des zurzeit anlässlich der Round-table-Konferenz in London weilenden indischen Maharadscha von Burdam wurden Juwelen im Werte von 20 000 Mark gestohlen. Die bisher unbekanntlichen Täter fanden den Weg zum Schah des Maharadscha über das Dach des von ihm bewohnten Hauses.

**„Gemüthliches“ Amerika.** Das New Yorker Obergericht hat den Bürgern der Stadt angeraten, zum Schutze gegen räuberische Ueberfälle ständig eine Waffe bei sich zu tragen und rücksichtslos anzuwenden.



**Riesenbrand in Misdron**

Der das 100 Zimmer umfassende Kurhaus „Belvedere“ vollkommen in Asche legte. Den noch in der Pension weilenden Kurgästen gelang es, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, jedoch fand man den Besitzer im Keller seines Hauses erhängt auf.

## Abenteuerlicher

## Versicherungsbetrug!

In Brüssel wurde unter dem Verdacht des Versicherungsbetruges ein Mann verhaftet, der dort seit über einem Jahr unter dem Namen Tagliavia lebte, sich als italienischer Südfruchtändler ausgab und im Hotel wohnte, ohne Handel zu treiben. Sein Paß erschien einwandfrei. Da er sich durch Umgang mit zweifelhaften Elementen verdächtig machte, wurde bei ihm eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei die Polizei seine richtigen Papiere fand. Sie lauteten auf den Namen des Kapitäns Fiketti aus Palermo, der in seiner Heimatstadt seit langer Zeit totgesagt war und anscheinend auch von seiner Familie betrauert wurde. Der Kapitän gab für sein Verhalten eine eigenartige Erklärung. Er sei auf einem französischen Schiff von Marseille nach Algier gefahren. Bei einer Sturmflut wäre er ins Meer gestürzt. Mit verzweifelter Anstrengung und letzten Kräften habe er sich auf eine umherdriftende Blanke aerezet, sei auf ihr fortgetrieben

und habe nach langer Zeit ein großes Boot getroffen. Deren Insassen hätten wohl seine Hilferufe gehört, aber doch erst lange überlegt, ob sie ihn retten sollten. Es habe sich nämlich um Marokkaner gehandelt, die mit dem Boote Waffenschmuggel betrieben. Die Marokkaner hätten ihn aber schließlich doch an Bord gezogen, gefangen genommen und ein Jahr lang gefangen gehalten. Dann hätten sie ihn freigelassen, jedoch nur unter der feierlichen und ehrenwörtlichen Verpflichtung, daß er weiter als tot zu gelten habe, unter einem falschen Namen fern seiner Heimat lebe und nie verrate, was er gesehen hätte. Danach habe er gehandelt. Von den hohen Versicherungspolicen, die er vor seiner Reise abgeschlossen hatte und die indessen an seine Familie ausbezahlt worden waren, erzählte Fiketti kein Wort.



**„Biehscheid“ in Oberstdorf**

Jährlich im September findet in Oberstdorf die sogenannte „Biehscheid“ statt. Das Vieh, das während des Sommers auf den Almten war, wird zu Tal getrieben, die schönsten Tiere werden geschmückt, und in Oberstdorf findet ein großer Viehmarkt statt.

## Ausgesperrt

Auf fliegt das Tor, und hervor stürmt ein kleines Mädchen und läuft und läuft. Sinein in den dämmernden Abend. Mit wehendem Haar, Kopf und Hals vorgestreckt, die Arme weit abpendelnd vorwärts und rückwärts. Die Augen halb geschlossen vor Anstrengung, die Brust keuchend vor Atemlosigkeit. Und das Kind läuft und läuft. Ihr zur Seite rennen links die Zaunpfähle, rechts die dunklen Waldbäume. Unter ihren Füßen aber schreien die Bretter des dörrischen Bürgersteiges zu entweichen, daß sie sich zusammenhalten müßten, um nicht zu fallen.

„Du kommst zu spät, kommst zu spät“, rufen die Zaunpfähle. „Kommst zu spät“, grollen die Waldbäume und drohen mit knorrigen Ästen und dürren Zweigen, wie mit tausend erhobenen Armen und Fingern. „Kommst zu spät“, höhnen die entgleitenden Bretter. „Wart nur, wir bringen Dich noch zu Fall.“

Und schon stolpert das Kind und stürzt und liegt, erschüttert und betäubt sekundenlang. Doch entsetzt über den verzögernden Aufenthalt bringt es auf, freudlos eilends über das schmerzende Knie und stürzt in fliegender Hast weiter. Die letzte Kraft fest es ein für das letzte Stück Weges. Halb besinnungslos reißt es das Pflörtchen auf, erreicht mit ein paar Sähen das Häuschen. Fest verschlossen ist die Tür. Die Läden stehen weit auf, doch finster starren die Fenster. Kein Lichtschein verrät, daß noch jemand wacht. Unfähig die Angst packt das Kind. Wie, wenn sie alle schlafen, und es doch nun draußen bleiben? Die ganze Nacht. Allein in dem einsamen Garten, mit der menschenleeren Straße jenseits des Zaunes und dem unbemerkten Walde dort drüben? Alle Schwärmchen und Sagen mitren in kurzen, heiligen Schritten, in Schreihalten durch ihren bangen Sinn. Der Wolf und die H. hohle und der Quack und der Berg. Der verirrte Wanderer und die Räuber und der erlagene Mann am Waldbäume. Sie alle lauern jenseits des Zaunes, und der Wald brecht seine dunkeln Gänge aus, um das kleine Mädchen zu heizen.

Die Nacht rückt immer näher. In längeren Zeitabständen kommen vereinzelt Menschen des Wades daher, vernehmen das Sammeln des Kindes, bleiben einen Augenblick lauschend stehen. Ein Kind bangt nach seiner Mutter. Ein fremdes Kind. Wen geht es schließlich etwas an? Sie wird schon noch kommen, die Mutter. Und sie gehen weiter. Zwei Frauen kommen des Weges, die denken anders. Ein Kind bangt nach seiner Mutter — man muß ihm helfen.

„Wein nicht so, Mädchen! Mutter kommt sicher bald. Sei nur nicht kange! Wir bleiben so lange bei Dir.“ Sie gehen durch das Pflörtchen, sehen das schlafende Kind mit sich nach der Bank auf der kleinen, kufenerhöhen Veranda. Freundlicher Jubel des Kindes, des Kindes Erregung, und mählich öffnet es sich ihrem Fortgehen. Bei der Tür ist es gewesen. Eine Stunde weit weg. Als es eben fortgehen wollte, schlug es vom Turme acht Uhr. Das Kind ist geküßt. Es ist sehr gelassen — und ist doch so sehr gekommen. Und nun haben sie es ausgesperrt, wie neulich auch. Aber dieses Mal lassen sie es sicher nicht mehr ein. Und wieder schreut das Kind. Dann wagt es auf in die Nacht. Mit den magern Fingern klopft es gegen die Wand: „Ich weiß, ich habe eine Art: ich schlage ihnen die Fenster ein.“ Dann brechen vermehrt die Tränen hervor.

Hoffnungslos schluchzt das Kind auf der Veranda. Draußen liegt sich die Nacht um das kleine Haus, gespenstisch im Garten, im Walde. Ich gehert ein Schatten vor den Augen der Frauen. Noch einer. Das Kind aber ist aufgeföhrt. Mit einem Sprunge ist es unten. „Großmutter! Großmutter!“ ruft es.

„Drohst du mich zwei Fingern. Ja, so! Es gibt noch was. Wo bist Du wieder geblieben?“

„Ich, Großmutter! Ich lief ja gleich los. Der Weg war hart so lang“, und bittend greift das Kind der Großmutter Hände, schluchzt sich in ihren Rock.

„Red nur noch! Die fünf Minuten Weges.“

„Nun nicht: kriegst noch eins auf Deinen —“ Ein gemeines Wort entfliehet den Lippen des Alten, verlegt großlich Ohr und Gemüt des Kindes.

Die beiden Frauen hält es nicht mehr: „Das Kind hatte so entsetzlich Angst. Wir konnten's nicht übers Herz bringen, es allein zu lassen. Wo ist deine Mutter?“

„Die arbeitet von früh bis in die Nacht draußen im Gast-

## Was ist Frauenkultur?

Von Dr. Ely Linden

Die Frage der Frauenkultur steht im Mittelpunkt aller Betrachtungen der Frauenzeitschriften: die einen meinen, daß Frauenkultur ihren Ausdruck finden müsse in der schönen Wohnung, im stilvoll gedeckten Tisch, in der wohlüberlegten, harmonisch abgestimmten Frauenkleidung, die andern machen Frauenkultur abhängig vom Lesen guter Bücher, vom Wissen über Literatur, Geschichte, Wirtschaft. Wenn man sich diese Begriffe ansieht, so scheint es, als ob Frauenkultur die Angelegenheit einer ganz kleinen Gruppe von Menschen wäre, nämlich derer, die Zeit, Muße und Geld haben. Arbeiterfrauen schein diese Kultur verjagt zu sein.

Ich muß gestehen, daß mich das Fehlen dieser Kultur in den Kreisen der Proletarierfrauen niemals bekümmert hat. Es hat mich vielmehr bekümmert, wenn Frauen, die sich bewußt zum Proletariat bekennen, dieser Kultur zustrebten, ihre Wohnung, ihre Familie, ihren gesunden Menschenverstand in diese leeren Kulturformen hineinzuwängen, denn leer und äußerlich ist diese Art der Frauenkultur. Sie ist Form ohne Inhalt, sie ist die Kultur einer vergangenen Zeit, die Kultur einer Reihe bürgerlichen Frauengruppen. Sie paßt nicht zum Sozialismus. Da sie sich nur an eine kleine Gruppe von Menschen wendet, widerspricht sie der Idee vom demokratischen Staat. Sie macht die Frauenbewegung zur Farce, weil sie die Frau eitel macht und läßt nach Rechten: sie befähigt sie aber nicht, Pflichten auf sich zu nehmen. Sie ist alles, nur nicht Frauenkultur im Sinne des Sozialismus. Die Frauenkultur alten Stils stand unter dem Motto: Mein Haus ist meine Welt, und wenn ich etwas für andere tue, will ich rühmlichst genannt sein. Frau Raffte mit den Erlöse und der Kulturbelehre und ihren namhaften Geldspenden zugunsten der Armen, die in den Zeitungen bekannt gegeben wurden, ist zwar der nur übelste Auswuchs dieser Frauenkultur, aber doch unzweifelhaft eine Folge dieser Art von „Kultur“.

Frauenkultur im Sinne des Sozialismus wendet sich an alle. Sie wendet sich an die Seele des Menschen und nicht an den Geldbeutel. Sie bringt keine Befriedigung der lieben Eitelkeit; denn sie fordert selbstverständliche, stille Kleinarbeit im Dienste der Gemeinschaft, ohne Namen und Leistung der einzelnen öffentlich bekanntzugeben. Sie verlangt Opfer ohne Lohn. Sie verlangt vielleicht das schwerste von den Frauen: unbedingte Ehrlichkeit, draußen und drinnen, in der Familie und im öffentlichen Leben. Es soll hier nur auf diesen einen Grundzug der sozialistischen Frauenkultur eingegangen werden.

Die Notlage, der „Schwindel“ und das Aufbauschen ist ein typisches Zeichen der alten Frauenkultur. Es soll alles „nach etwas aussehen“, es soll mehr scheinen, als es in Wirklichkeit ist. Die Unehrlichkeit vieler Frauen geht so weit, daß sie tatsächlich oft nicht mehr wissen, wann sie lügen und wann sie ehrlich sind. Die Wohnung, die Beziehung zu Mann und Kindern, das gesellige Leben, alles steht mehr oder minder unter dem Zeichen dieser Unehrlichkeit. Wahrer Sozialismus und Ehrlichkeit aber sind unlöslich miteinander verknüpft. Es gibt keine Gemeinschaft zwischen Men-

schen, die einander belügen. Sozialistische Frauenkultur zeigt sich in der Ehrlichkeit allen gegenüber, auch wenn es gilt, eine Schwäche einzugestehen. Die Kameradschaft zwischen Mutter und Kind, zwischen Mann und Frau, über die so viele Bücher geschrieben worden sind, ist ein leeres Schlagwort, wenn die Frau und Mutter nicht den Mut zur Ehrlichkeit gegenüber ihrem Kinde und ihrem Mann besitzt. Es verleiht allerdings die Eitelkeit, zu sagen: „Das weiß ich nicht“, und einzugehen: „Das hab ich getan“. Aber wenn hinter diesem Eingeständnis des Nichtwissens der Wille zum Wissen, Wollen und Lernenwollen steht, wird die Achtung des Kindes vor der Mutter eher steigen als schwinden; der Ehemann aber, der die unbedingte Ehrlichkeit seiner Frau kennt, wird sie viel höher schätzen, als wenn sie sich ohne Fehle und Tadel ihm gegenüber gebärdet.

Ausgehend von dieser unbedingten Ehrlichkeit formt die sozialistische Frauenkultur die ganze Lebensgestaltung. Diese Ehrlichkeit verdrängt keine unnötigen Möbel, Gramophone, kostspieligen Puppenwagen, die meist auf Abzahlung gekauft, der Familie nur Entbehrungen bringen. Sie verdrängt den Kaffeeklatsch, dessen geistiger Inhalt das Herfallen über den lieben Nächsten ist. Die Frau, die im Sinne des Sozialismus Kultur erstrebt, sagt den Nachahmern der bürgerlichen Frauenkultur Kampf an. Sie hängt sich nicht eine Galerie von unnötigen Dingen, die sie billig gekauft oder geschenkt erhalten hat, in ihre Wohnung. Sie geht ihren eigenen Weg, auch wenn andere darüber die Nase rümpfen.

Zweckmäßige Wohnungsgestaltung, Haushaltung, die Zeit läßt zum geistigen Leben, zum Lernen, zum Mitarbeiten und Nachdenken über Fragen der Familie, des Staates und der Wirtschaft, sind Ergebnisse der sozialistischen Frauenkultur, hervorgegangen aus der ehelichen Erkenntnis der Lage und dem zielbewußten Willen, diese Lage zu bessern.

Die unbedingte Ehrlichkeit als Grundlage sozialistischer Frauenkultur ist wohl am schwersten zu erkämpfen bei der Kritik der eigenen Kinder. Wie viele Mütter haben das Schicksal ihrer Kinder auf dem Gewissen, weil sie die bescheidene Begabung ihrer Kinder aus Eitelkeit nicht sehen wollten, oder weil sie die Schwächen ihrer Kinder vertuschten und verheimlichten. Nirgends mag der Bruch zwischen der überlebten Frau und der sozialistischen Frauenkultur schmerzhafter sein als hier. Aber das Bewußtsein, daß wir mit der kleinsten Unehrlichkeit nicht nur unseren Nächsten, sondern der Allgemeinheit schaden, muß helfen. Der Sozialismus hat uns Frauen Rechte gegenüber der Allgemeinheit verschafft. Sozialistische Frauenkultur lehrt uns, ehlich Pflichten gegenüber der Allgemeinheit zu sehen und auf uns zu nehmen. Sozialistische Frauenkultur und nicht lächerliche Nachahmung bürgerlicher Frauenkultur, das ist heute noch das Ziel einer kleinen Gruppe von Frauen. Es ist aber eine Aufgabe, die wert ist, das Kampfziel aller Proletarierfrauen zu werden. Sozialistische Frauenkultur stellt einen unbedingt notwendigen Baustein dar im Gebäude des sozialistischen Staates.

haus. So bleibt das Kind bei uns. Aber sie soll lernen, auf die Zeit passen. Da, es gibt noch Schläge.“

„Großmutter!“ flucht das Kind auf.

„Docher soll, Du Balg!“ schreit der Alte und hebt die Hand zum Schläge.

„Das Kind ist genug gestraft“, sagte eine der beiden Frauen.

„Es zittert ja am ganzen Leibe. Sie müssen auch ein wenig Einleben haben“, sagte die andere.

Da wird Großmutter weich. Ihr Arm legt sich schützend um das bebende Kind und zieht seinen Kopf zu sich heran. Dem alten Manne bleibt ein neues Schimpfwort in der Kehle stecken. Das Schlimmste ist von dem Kinde abgewendet. Es ist nun gebohren in Großmutter's Arm. Die beiden Frauen schreiten den menschenleeren Pfad heimwärts. In tiefen Gedanken. Eine Stunde ist wie 5 Minuten vor einem glücklich spielenden Kinde, und 5 Minuten sind wie eine Stunde vor einem Kinde, das angstgehezt, verzweifelt heim rennt. *Escha Rosenthal.*

## Wann ist eine Ehe nichtig?

Die häufigste Form der Auflösung einer Ehe ist die Scheidung. Weit weniger häufig ist die Nichtigkeitsklärung einer Ehe, und sehr vielen Menschen ist es ganz unbekannt, daß und aus welchen Gründen eine Ehe überhaupt für nichtig erklärt werden kann, und welche Folgen eine Nichtigkeitsklärung hat. Auch aus einer für nichtig erklärten Ehe, die also als überhaupt nicht geschlossen gilt, können gewisse Rechtsfolgen eintreten. Die Nichtigkeitsklärung einer Ehe kann aus Formgründen und aus Sachgründen geschehen. Die Formgründe sind vorgeschrieben in dem § 1317 des Bürgerlichen Gesetzbuches, dem zufolge die Ehe-schließenden ihre Erklärung persönlich vor dem Standesbeamten abgeben müssen. Hat also ein Stellvertreter, den der Standesbeamte für den Ehepartner selbst hielt, an Stelle des Bräutigams sein Ja vor dem Standesamt gesprochen, so ist die Ehe nichtig. Ebenso nichtig ist sie, wenn der Betreffende, der auf dem Standesamte die Erklärung annahm, nicht der richtige Standesbeamte ist. In einem Orte war es vor längerer Zeit einmal vorgekommen, daß ein Mann die standesamtlichen Geschäfte besorgte hatte, der nicht ordnungsmäßig als Standesbeamter bestellt war. Das gab zunächst eine Katastrophe, weil alle im Laufe von Jahren durch ihn geschlossenen Ehen ungültig waren. Mit allerlei Mühe und Auslegungen fand man dann ein Mittel, diese Ehen nachträglich für gültig zu erklären. Weiter gilt auch eine als nichtig erklärte Ehe als gültig, wenn die Ehegatten mindestens zehn Jahre zusammen gelebt haben oder einer von ihnen nach mindestens dreijährigem Zusammenleben vor Ablauf der zehn Jahre gestorben ist. Voraussetzung für solche Gültigkeit ist aber, daß die Ehe in das Heiratsregister bei dem Standesamt eingetragen war, und daß keiner der beiden Ehegatten innerhalb der zehn Jahre auf Nichtigkeitsklärung der Ehe geklagt hat.

In diesen Formgründen kommen die Sachgründe, aus denen eine Ehe für nichtig erklärt werden kann. Der erste ist, daß einer der Ehe-schließenden zur Zeit der Eheschließung keine rechtsfähige Erklärung abgeben konnte, entweder weil er nicht geschäftsfähig, vielleicht noch nicht mündig war, oder weil irgend eine vorübergehende oder dauernde geistige Störung bei ihm vor-

lag. Solche eigentlich ungültige Ehe kann aber nachträglich gültig werden, wenn der Grund für ihre Ungültigkeit nicht mehr besteht und der betreffende Ehegatte dann die Ehe befestigt. Ist also eine Ehe zwischen einem noch nicht mündigen Manne und einem jungen Mädchen geschlossen worden und der junge Mann erklärt, nachdem er mündig geworden ist, daß die Ehe gültig sein soll, so bleibt sie auch als Ehe bestehen, wenn nicht etwa vorher der Vater oder der Vormund des jungen Mannes sie für ungültig haben erklären lassen. Weiter ist natürlich eine Ehe ungültig, wenn einer der beiden Ehepartner noch, als die Ehe geschlossen wurde, mit einem Dritten in einer gültigen Ehe lebte. Das trifft nicht so selten zu, wie man denken möchte. Es kommt vor, daß etwa ein Mann ins Ausland reist, viele Jahre hindurch nichts von sich hören läßt; die Frau denkt, er ist tot, und verheiratet sich wieder. Hat sie nicht den ersten Mann für tot erklären lassen, dann ist ihre zweite Ehe ungültig, wenn der erste Mann plötzlich zurückkommt. Eine Todeserklärung kann erfolgen, wenn der Verschollene zehn Jahre lang nichts von sich hat hören lassen, oder schon nach fünf Jahren, wenn der Verschollene zwischen 70 Jahre alt geworden wäre, niemals jedoch, ehe er 31 Jahre alt sein würde. Aber auch die Todeserklärung hat keinen Einfluß, wenn die beiden Menschen, die sich danach verheirateten, wußten, daß der für tot Erklärte tatsächlich noch lebte. Dann bleibt die neue Ehe ungültig. Endlich ist eine Ehe ungültig, wenn sie zwischen bestimmten nahe mit einander Verwandten oder Verschwägerten geschlossen wird oder wegen eines Ehebruchs verboten war. Verschwägert sind die Verwandten eines Ehegatten mit dem andern, also die Stiefmutter mit dem Stiefvater usw.; von dem Verbot der Heirat nach einem im Scheidungsurteil festgestellten Ehebruch kann aber Befreiung gewährt werden.

Die Nichtigkeitsklärung der Ehe kann durch eine Klage herbeigeführt werden oder durch die sogenannte Anfechtung, die auch für andere Dinge, Verträge usw. gilt; im wesentlichen, wenn man bei richtiger Kenntnis der Dinge den Vertrag nicht geschlossen hätte, vielleicht arglistig über wesentliche Umstände getäuscht worden ist. Die Anfechtung muß innerhalb von sechs Monaten erfolgen, nachdem die Eheschließung dem zur Anfechtung Berechtigten bekannt geworden ist, oder, wenn dieser nicht geschäftsfähig war, innerhalb der genannten Frist, nachdem er geschäftsfähig geworden ist.

Wichtig sind manche Folgen der Nichtigkeitsklärung. Hat einer der Ehegatten, etwa der Mann, bei der Eheschließung die Gründe für die Nichtigkeit gekannt, die Frau aber nicht, so behält diese bei der Nichtigkeitsklärung die gleichen Rechte wie eine schuldlos geschiedene Ehefrau, also das Recht auf Unterhalt und auf Namensführung. In solchen Fällen gilt auch ein in der nichtigen Ehe geborenes Kind als ehlich. Dagegen hat der Vater, der die Nichtigkeitsgründe kannte, keine Vaterrechte dem Kinde gegenüber. Wenn beide Ehegatten bei der Eheschließung die Gründe für die Nichtigkeit kannten, so gilt das Kind nicht als ehlich, kann aber von dem Vater den Unterhalt wie ein ehliches Kind verlangen, solange er lebt. Gründe und Folgen der Nichtigkeitsklärung der Ehe sind also verschieden von den für die Scheidung geltenden und die Nichtigkeitsklärung kann unter Umständen der Scheidung vorzuziehen sein.

Henni Lehmann.



Flut vor 300 Jahren

Das Bild zeigt ein historisches Gemälde von Vermeer van Delft, das sich in der Kunstsammlung des Landesmuseums befindet. Es zeigt eine Szene von der Zeit der großen Überschwemmung, die immer noch Spuren an der Küste der Provinz hat, die heute zu werden.

### Lehrer und Schulabbau

Protest des Landeslehrervereins

Schwarta u, 19. September

Der Landeslehrerverein für den Landesteil Lübeck hielt im Landhaus zu Bahnhof Gleschendorf eine sehr stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zweck der Versammlung war, gegen die vom Oldenburger Ministerium erlassenen Sparverordnungen des Volksschulwesens, Stellung zu nehmen und Beschluß zu fassen über eine Hilfsanordnung für die am 1. Oktober aus dem Schuldienst zur Entlassung gelangenden jungen Lehrer. Als Vertreter der Regierung in Gütin nahmen u. a. der stellvertretende Regierungspräsident, Oberregierungsrat Feidler teil. Er sagte, daß die Sparverordnung unbedingt Härten enthielte, die aber nicht vermieden werden könnten. Leider sei damit zu rechnen, daß im Laufe des nächsten Jahres noch weitere Einschränkungen vorgenommen werden müßten.

Lehrer Hamann-Seceres referierte über den drohenden Schulabbau. Er führte etwa folgendes aus: Die Lehrerschaft ist sich der Gefahren, die Wirtschaft und Staatsleben bedrohen, vollumfänglich bewußt. Sie weiß, daß gespart und gepöpselt werden muß, und daß Lehrerschaft und Schule von Opfern nicht ausgeschlossen werden können. Doch was jetzt der Schule an Ersparungen zugemutet wird, muß trotz der herrschenden Not als zu weit gehend bezeichnet werden. Der Erfolg der Volksschulen wird in Frage gestellt und das wird sich zum Nachteil für die Jugend, deren Zukunft, und die Zukunft des deutschen Volkes sehr bedenklich auswirken. Es sei Pflicht der Lehrerschaft, auf die Schäden hinzuweisen und sich schützend vor die Schule und ihre Jugend zu stellen. Nur eine gut fundierte Schule kann Menschen heranbilden, die die immer wieder geforderte Qualitätsarbeit liefern können und unsere Stellung auf dem Weltmarkt zurückgewinnen. Sodann wies er auf die durch die Sparverordnung geforderte Einrichtung von sogenannten Verwaltungsklassen an den großen Schulen und deren schwere erzieherische und unterrichtliche Mängel hin und warnte vor dem schematischen Zusammenlegen von Landschulen, wenn damit weite Schulwege entstehen würden. In die Ausführungen schloß sich eine längere, lebhaft ausgeführte Aussprache an. Sodann gelangte folgende Entschließung einstimmig zur Annahme:

Der L. L. V. f. d. Ldt. Lübeck erkennt die Notwendigkeit sparsamster Wirtschaftsführung auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens an. Aus Verantwortungsgefühl für die geistige, sittliche und körperliche Ausbildung und Erziehung unserer Jugend erhebt er jedoch schärfsten Protest gegen die Verordnung des Ministeriums vom 29. August, betreffs Sparmaßnahmen im Volksschulwesen. Die Durchführung dieser Verordnung bedeutet starke Herabminderung der Leistungsfähigkeit der Volksschulen. Eine Reihe von Junglehrern wird der Verlesung preisgegeben. Der L. L. V. f. d. Ldt. Lübeck warnt eindringlich vor der Durchführung übertriebener Sparvorschriften und bittet Regierung und Ministerium dringend das Volksschulwesen endlich vor weiterem Abbau zu schützen.

Hauptlehrer Langhoff-Kreuzkamp sprach über die Hilfe für die stellungslosen Junglehrer. Er führte aus: Auf Grund der Sparverordnung des Ministeriums werden 6 junge Lehrer und einige Lehrerinnen zum 1. Oktober d. J. aus dem Schuldienst entlassen. Sie stehen dann vor einem Nichts. Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben sie nicht. Nicht nur im Interesse der betroffenen jungen Menschen, sondern auch im Interesse der zu erziehenden und heranzubildenden Schulkinder sei diese Maßnahme sehr bedauerlich. Die Erfahrung des Alters, gepaart mit dem Idealismus, der Begeisterung und Aktivität der jungen Lehrgeneration gebe das richtige Schritttempo in der Schularbeit. Der Staat, der die jungen Leute entlasse, habe unbedingt die Pflicht, für sie zu sorgen. Wie das geschehe, müsse geprüft werden. Um die Entlassenen vor dem Schlimmsten zu bewahren, werde auch die Lehrerschaft, wenngleich ihr dies in heutiger Zeit nicht leicht, vielen sogar sehr schwer falle, dazu beitragen, ihnen zu helfen. Er bitte daher, die für die dazu nötigen Mittel beantragte Beitragserhöhung zu bewilligen. Die Frage des Vorsitzenden: „Ist die Versammlung einverstanden, daß der Landeslehrerverein den stellungslosen Junglehrern hilft?“, wird einstimmig mit „ja“ beantwortet. Das Ergebnis der lebhaften Erörterungen ist folgender Beschluß: Die Versammlung stimmt der beantragten Beitragserhöhung zu. Sie erwartet, daß die Regierung ihrerseits den Entlassenen weitgehendste Unterstützung und Hilfe gewährt. Der Vorstand wird beauftragt, die Regierung zu bitten, mit ihm gemeinsam über die zu treffenden Hilfsmaßnahmen zu verhandeln.

### Friedenskundgebung in Mölln

Mölln, 19. September

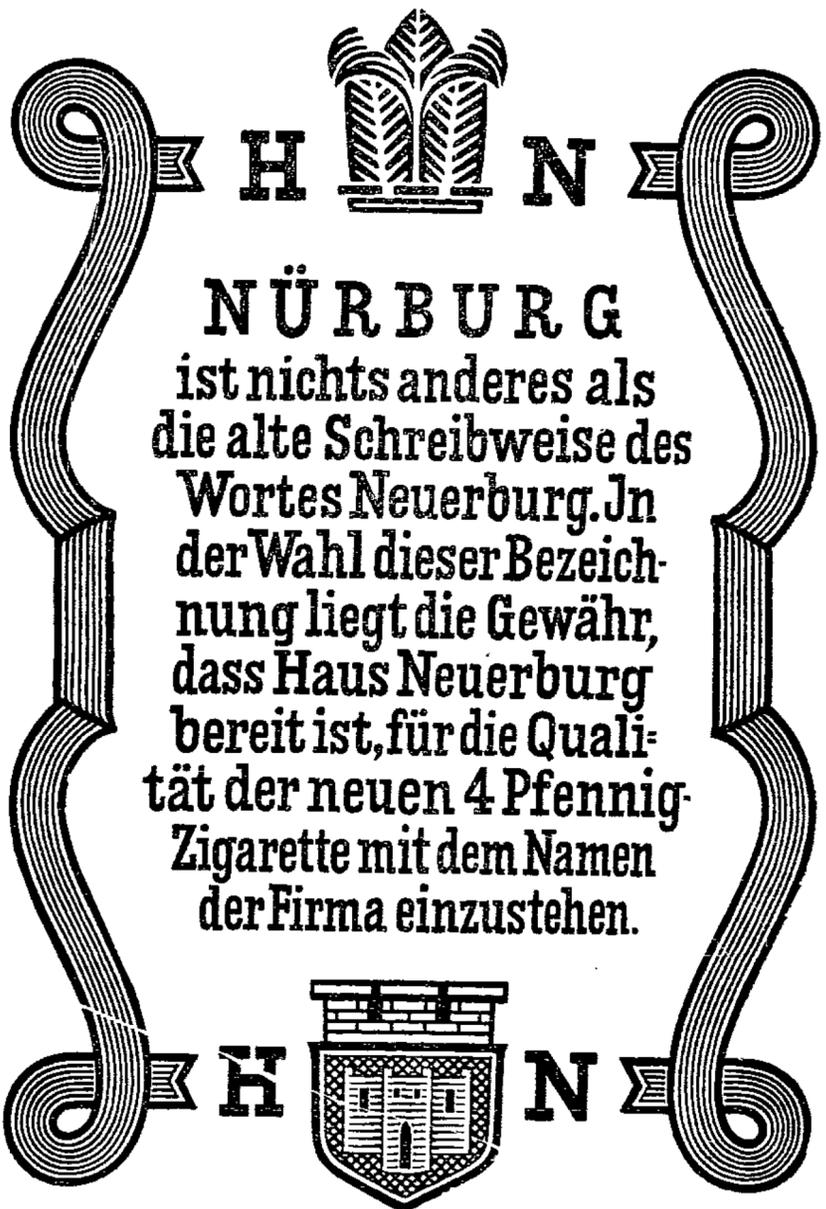
Ein Lichtbildvortrag „Im Westen nichts Neues“, veranstaltet vom hiesigen Arbeiterkulturkartell, fand im überfüllten Saal der „Harmonie“ statt. Eine große Anzahl Besucher fand keinen Sitzplatz mehr und mußte sich den Vortrag stehend anhören. Die reißende Aufmerksamkeit, die die Anwesenden dem Vortragenden, Genossen Sharp, Lübeck, entgegen brachten, war ein Beweis dafür, daß das Thema allgemein großes Interesse fand. Der Referent wies in einleitenden Worten auf das Remarque-Buch gleichen Titels hin, aus dem der bekannte Tonfilm entstanden ist. Wie sich der Feldzug der nationalen Meute gegen das Remarque-Buch als fruchtlos erwiesen habe, wie sich das Buch trotz aller Verleumdung im Fluge die Welt eroberte, so habe sich auch das Verbot des Tonfilms „Im Westen nichts Neues“, das unter dem Druck der Einheitsfront Hugenberg-Hülers zustande gekommen war, nicht lange aufrecht erhalten lassen. So sei der erbitterte Kampf, den die Sozialdemokratische Partei gegen das standalöse Verbot geführt habe, nicht umsonst gewesen. In allen größeren Städten Deutschlands laufe heute täglich dieser Film in bis auf den letzten Platz besetzten Sälen. Was den Film vor anderen besonders auszeichne, sei der Umstand, daß nicht, wie in den üblichen Kriegsfilmen, ein höherer Offizier der Held der Handlung sei, sondern der einfache Mann, der gemeine Soldat.

Die zur Vorführung gelangende Lichtbildserie wies etwa 160 aus dem Tonfilm entnommene Bilder auf, die in Verbindung mit dem wirkungsvollen Vortrag des Genossen Sharp einen starken Eindruck auf die Zuhörer machten. Der Referent verstand es, den Anwesenden den Krieg in seiner ganzen unmenhlichen und kulturfeindlichen Grausamkeit lebendig vor Augen zu führen, und der reiche Beifall, der ihn nach Beendigung seines Schlussworts belohnte, zeigte deutlich, daß eine Parole in aller Herzen Platz gegriffen hatte: Nie wieder Krieg!

### Die Indeziffer der Großhandelspreise

Die vom Statistischen Reichsamt für den 16. September berechnete Indeziffer der Großhandelspreise ist mit 108,8 gegenüber der Vorwoche um 0,2 Prozent gesunken. Dies ist vor allem auf Preisrückgänge für industrielle Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren zurückzuführen. Die Indezahlen der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe unverändert 101,6, Kolonialwaren 94,3 (plus 1,0 Prozent), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 100,2 (- 0,4 Prozent) und industrielle Fertigwaren 134,6 (- 0,1 Proz.)

# WAS HEISST NÜRBURG



# Nürnbung

eine echte  
NEUERBURG  
ZU 4 Pfg

Gaus Neuerburg  
G.M.B.H.



Gemeinschaftsbilder — Brause- und Wannenbilder — vor- handen. In dem einen Kilometer langen Karl-Marx-Hof gibt es zwei solcher Anlagen. In großen Blockbauten sind prächtig ausgestattete Kindergärten mit geschulten Leiterinnen an- gelegt. Die Gemeinde hat mit einem Kostenaufwand von 6 Millionen Mark über hundert Kindergärten errichtet. Außer- dem sind in den neueren Blocks Bibliotheken, Versammlungs- räume, Kinos, Samariterstellen, Apotheken, Verkaufsläden usw. eingebaut worden. Die Höfe der neuen Anlagen dürfen nicht mit den „Höfen“ der Vorkriegszeit verwechselt werden. Sämtliche Wohnungen sind als Kleinwohnungen in einem Ausmaß von 32 bis 55 Quadratmeter Wohnfläche gebaut. Ein Typ, der erst durch die Verordnung des Reichsarbeits- ministeriums vom Juli 1930 in Deutschland trotz schwerer Bedenken des Wohnungsausschusses des Reichstages angeord- net worden ist.

Die kleineren Wohnungen umfassen Stube, Kammer, Küche, Vorraum und Abort — die typische Berliner 1½-Zimmer- Wohnung. Bei den mittleren Wohnungen (48 Quadratmeter) kommt noch eine Kammer hinzu; bei den größeren (55 Quadrat- meter) ein Zimmer. Bei sämtlichen Wohnungen fehlt das Bad; es wird auf die Gemeinschaftsanlage verwiesen, in der ein Brausebad 25 Pf., ein Wannenbad 50 Pf. kostet. Sämtliche Wohnungen sind mit Wasserleitung, elektrischem Licht und Gaskochöfen versehen.

Stellt man diese Wohnungen in Vergleich mit den Vor- kriegswohnungen in den Mietkasernen, so muß man an- erkennen, daß hier ein großer Fortschritt erreicht worden ist. Das Kulturniveau der Mieter wesentlich gehoben worden ist. Vormieter und Bettegeber sind in diesen Wohnungen nicht vorhanden. Es sind von vornherein für Arbeiter Woh- nungen gebaut worden, während man in Deutschland zuviel große Wohnungen gebaut hat, die nicht den Arbeitern, sondern dem Mittelstande auf Kosten der Arbeiter zuge- kamen, so daß jetzt nachgeholt werden muß, was Wien vor uns voraus hat. Das hat seinen Grund in der ganz anders gestalteten Finanzierung des Wohnungsbaues.

**Die Wohnungsmieten**

In Deutschland hat man die Hypotheken aufgewertet und den Versuch gemacht, den dem Hausbesitzer verblichenden Inflationsgewinn durch die Hauszinssteuer wegzunehmen. Der Erfolg dieser Steuer wurde aber nicht wie es volkswirtschaft- lich richtig wäre, für den Wohnungsbau, sondern im wesent- lichen zur Entlastung der Reichskasse den Ländern und Gemeinden zu Verwaltungsausgaben zugewiesen. Erst nach Erhöhung der Altmieten um 20 v. H. wurden größere Mittel für den Wohnungsbau frei, die aber jetzt durch die Not- verordnungen wieder dem Wohnungsbau entzogen werden. Da diese öffentlichen Mittel in Deutschland für den Woh- nungsbau nicht ausreichten, war man gezwungen, privates Kapital heranzuziehen und hoch zu verzinsen. Dadurch war man nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen gezwungen, die Mieten der Neubauwohnungen nach der Höhe der Bau- kosten, den Zinsen der Hypotheken, den Betriebs- und Unterhaltungskosten zu bemessen und kam so, trotz Haus- zinssteuerhypotheken, zu Mieten, die bis zu 180 v. H. der Friedensmieten anstiegen. Diese hohen Mieten konnten von der Mehrzahl der Arbeiter nicht aufgebracht werden, und wo sie das Wagnis unternahmen, mußten sie Untermieter auf- suchen. Das neu geschaffene Kulturgut ging ihnen wieder verloren.

Hier ist der Punkt, an dem sich das Wiener System vom deutschen unterscheidet. Es ist geboren aus der grund- verschiedenen geschichtlichen Entwicklung und den völlig anderen, durch die Einheit der Arbeiterklasse herbeigeführten politischen Machtverhält- nissen.

Infolge der Nichtaufwertung war es in Oesterreich unmög- lich, privates Leihkapital in erheblichen Mengen aufzutreiben, darum konnte auch nicht nach privatkapitalistischen Grund- sätzen der Wohnungsbau betrieben werden, sondern es mußten andere Wege gesucht werden. Es mußte der Versuch gemacht werden, ohne Hinzuzuehung von Privatkapital Woh- nungen zu bauen. In Anlehnung an die Vorkriegsfeuer- politik fand die Gemeinde Wien einen gangbaren Weg; sie baute ausschließlich mit öffentlichen Mitteln. Neben den Er- trägen der Wohnbausteuer in Höhe von 35 Millionen Schilling je Jahr stellte man jährlich noch 55 Millionen Schilling aus allgemeinen Steuermitteln für den Kleinwohnungsbau bereit und baute dafür Wohnungen. So wurden jährlich 90 bis 100 Millionen Schilling — 54 bis 60 Millionen Mark — für den Wohnungsbau aufgewendet.

Da alle Bauteile — Boden, Haus, Straße und Anlagen — aus öffentlichen Mitteln hergestellt, an Private Zinsen nicht zu zahlen sind, so kann man sich über Verzinsung und

Tilgung der Bausumme den Kopf nicht zu zerbrechen. Man setzt das fertige Haus mit einem Schilling zu Buch, kümmert sich nicht um Verzinsung und Tilgung des im Neubau stecken- den Kapitals. Die Mietregelung des Bundes hat praktisch dem privaten Hausbesitzer die Grundrente entzogen, und so kann die Gemeinde nicht ihrerseits großmütig auf eine Grund- rente verzichten. Die Miete wird nach den Betriebs- und Unterhaltungskosten errechnet, dann gleicht man sie den üblichen Mieten des Ortes an, und so bezahlt der Neubau- mieter nicht mehr an Miete als für eine schlechtere Alt- wohnung. Dennoch übersteigt diese Miete die Betriebs- und Unterhaltungskosten. Der Überschuss wird in einem Fonds gesammelt und für große Reparaturen und Erneuerungen an den Wohnbananlagen verwendet.

Der Arbeiter, der in der elenden Wohnung der Miet- kaserne ein Viertel seines Monatslohnes für Miete aufwenden mußte, zahlt heute in der kulturell besseren Neubauwohnung einschließlich Wohnbausteuer ein Drittel der Friedensmiete, also nur ein Zwölftel seines Arbeitslohnes. Er muß aber die kleinen Innenreparaturen, auch das Neutünchen der Wohnung, selbst tragen, während die großen Repara- turen die Gemeinde durchführt und bezahlt. Dadurch erhöht sich im Durchschnitt seine Jahresmiete um eine im Verhältnis kleine Summe. Die Erhaltung der Wohnung hängt dadurch andererseits stark von der Sorgfalt der Mieter ab. Meine Rücksprache mit verschiedenen Mietern ergab, daß sie mit den neuen Wohnungen sehr zufrieden waren. Durch die niedere Miete und die erheblich höheren Kosten eines Um- zuges ist der Wechsel in den Neubauten unwesentlich.

Eine andere Frage ist, ob der Wiener Gemeinderat dieses System auf die Dauer wird aufrechterhalten können? Ich möchte diese Frage bejahen. Auch wenn die Neubau- wohnungen auf Null abgeschrieben werden, so behält der gesamte Gemeindevorstand seinen ganzen Anschaffungswert, ja, er muß sich steigern, wenn die nachpolitischen Verhältnisse sich ungünstig ändern. Ist der Bund aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen gezwungen, die Mieten heraufzu- setzen, so kann die Gemeinde unbedenklich den Mietsätzen folgen, ohne Schaden zu erleiden. Die erstellten Wohnungen bleiben wertvoll für die Gemeinde, das für Notfälle als Bürg- schaft für Anleihen dienen kann. Steigt aber die Miete, würde sie der Friedensmiete angeglichen, oder übersteigt sie diese, dann würde das Wiener System zusammenbrechen. Dann wäre eine Erhebung der Wohnbausteuer in Frage ge- stellt oder unmöglich und die Fortsetzung dieser Wohnbau- politik unmöglich, soweit die erhöhten Mieten nicht Mittel für den Wohnungsbau übriglassen. Sozialistische Politik, inmit- ten kapitalistischer Wirtschaftsordnung, muß mit dieser in Wider- spruch geraten.

Wichtiger als die materielle ist die wirtschaftliche Seite der Frage. Die niedrigen Mieten senken den Arbeitslohn. Sind die Friedenslöhne der Vorkriegszeit in Oesterreich auch über- wunden, sie sind zwangsläufig den Lebenshaltungskosten ge- folgt, so sind sie doch niedriger als in anderen Industrie- ländern, z. B. in Deutschland. Dadurch wirken sie als Düm- ping für die Exportwaren und unterstützen das Drängen der Unternehmer in anderen Industrieländern auf Senkung der Löhne. Hier kollidiert die sozialistische Politik mit der Welt- sozialpolitik der kapitalistischen Länder. Das sehen auch Sozialisten in Wien ein. Sie sagen aber, wir handeln zwangs- läufig als Folge des Krieges. Vor dem Weltkrieg war Wien Industrie die Produktionsstätte für 54 Millionen Einwohner. Der Ausgang des Krieges hat das alte Oesterreich zerschlagen und auf 6,5 Millionen Einwohner reduziert. Wir kämpfen für die Lebensmöglichkeit der Arbeiter. An Kleidung und Lebens- unterhalt war nichts zu sparen, es blieb uns nur übrig, die Grundrente als Folge der Inflation zu beseitigen und die Mieten zu senken. Bei der Kleinheit des Landes, das sich auch agrarisch nicht selbst erhalten kann, sind wir auf den Export von Waren angewiesen, um Lebensmittel hereinzubekommen. Der niedere Lohn — Oesterreich hatte auch vor dem Kriege sehr niedrige Löhne — macht uns den Export unserer Waren leichter, aber wir können das nicht ändern und nicht in unserer Politik umkehren.

**Auch eine Wohnungsbaupolitik**

Der Zusammenbruch des Norddeutschen Volkämmerer- konzerns hat ein interessantes Schlaglicht auch auf die „Wohnpolitik“ der Großkapitalisten geworfen. Die vom Vor- stand der Sozialdemokratischen Partei herausgegebene kleine Schrift: „Das Panama der Nordwolle“ (16 Seiten) illustriert, Preis 10 Pf., berichtet darüber recht eingehend.

Die Broschüre verdient es, auch gerade in Mieterkreisen besonders beachtet und gelesen zu werden. Die billige Schrift ist in allen Buchhandlungen zu haben.

# Wohnungsba u n d M i e t e

Blätter zur Information über die Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie in Wohnungs- und Mieterfragen

Nummer 4 / 1931  
Erscheinen in zwangloser Folge

## Um Hauszinssteuer und Wohnungsbau

Von Rich. Lipinski

Die Finanznot hat zur Folge gehabt, daß die Erträge der Hauszinssteuer durch Gesetz und durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 bis zu 1200 Millionen Reichsmark den Län- dern und Gemeinden zur Deckung ihres Finanzbedarfs und zur Senkung der Gewerbe- und Grundsteuern zugewiesen worden sind.

### Für 1931 bieben für den Wohnungsbau nur etwa 400 Millionen Reichsmark aus der Hauszinssteuer übrig.

Der Wohnungsbau mußte erheblich eingeschränkt werden. Von den Bauarbeiten blieben Ende Juni — der Hochsaison — 326.264 arbeitslos, das sind 111.000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres, und die Wohnungsnot stieg. Durch die Not- verordnung vom 5. Juni 1931 werden die Länder verpflichtet, den Hausbesitzern ab 1. Januar 1932 die Melchlast von 2½ v. H. Zinsen der aufgewerteten Hypotheken aus der Hauszinssteuer zu überlassen. Die Reichsregierung schätzt den hierdurch entstehenden Einnahmehaushalt auf 400 bis 500 Millionen Reichsmark je Jahr, so daß die Erträge der Hauszinssteuer ab 1. Januar 1932 von den Ländern und den Hausbesitzern völlig ausgezehrt werden und für den Wohnungsbau nichts mehr übrigbleibt. Der Wohnungsbau würde zum Stillstand kommen, die Arbeitslosigkeit steigen und die Wohnungsnot sich vermehren. Das zwingt, zum Hauszinssteuerproblem Stellung zu nehmen.

Finanzreformer und der große Interessentenhaufen der Großhausbesitzer sind am Werke, die Situation zu nutzen und — aus ganz verschiedenen Motiven — die Hauszinssteuer zu beseitigen, um an ihre Stelle eine Kapitalrenten- steuer zu setzen. Über die Höhe der unzuwertenden Kapitalsumme gehen die Schätzungen und die Meinungen über den Verwendungszweck sehr weit auseinander. Wäh- rend die Reformen die Summe annähernd richtig auf 35 Mil- liarden Reichsmark schätzen und sie einerseits zur Finanzie- rung von Auslandsanleihen, andererseits zur Abklärung der Reparationssschuld verwendet wissen wollten, gehen die Groß- hausbesitzer kecker auf das Ziel los. Sie erklärten sich auf ihrem Verbandstag in Würzburg bereit, an Stelle der Haus- zinssteuer 6 Milliarden Kapitalschuld zu übernehmen, knifp- ten daran aber die Bedingung, daß die Reichsregierung die Hauszinssteuer aufhebt, die Wohnungszwangswirtschaft rest- lies beseitigt, die mieterrechtlichen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches unverändert wieder in Kraft setzt und den Mietwucherparagrafen 49a des Mieterschutzgesetzes aufhebt. In Nummer 32 des „Grundrenten“ waren die Großhausbesitzer noch offenerziger. Dort schlugen sie vor, die 120 v. H. Friedensmiete in Höhe von 6 Milliarden ein- malig in eine Kapitalschuld umzuwandeln. Der Einnahme- einfall der Länder und Gemeinden sollte ersetzt werden durch eine Erhöhung der Mieten in solcher Höhe, daß aus dem Mehr an Einkommensteuer, das die Hausbesitzer da- durch gewinnen, gedeckt werde. Das würde die Freiheit bedeuten.

### die Altmieten auf etwa das Doppelte der Friedensmiete zu erhöhen.

Durch einen solchen Mietwucher würde die Angleichung der Alt- an die Neubauten spielend leicht gelöst werden sein. Allen Vorschlägen ist gemeinsam, daß sie Aufwertung und Mieterhöhung nicht auseinanderhalten, sondern das aus beiden Quellen fließende Einkommen der Hauszinssteuer kapitalisieren wollen. Gegen diese Ver-

koppelung muß entschiedenster Protest erhoben werden, denn die Aufwertungssteuer ist ein Ausgleich für den Inflations- gewinn des Hausbesitzers, sie bringt jährlich 600 Millionen Reichsmark, während die Mieterhöhung eine reine fiskalische Maßnahme war, die den Ländern und Gemeinden auf Kosten der Mieter neue Einnahmen bringen sollte und auch in Höhe von jährlich 1000 Millionen Reichsmark gebracht hat. Hier handelt es sich um

### eine verkappte Wohnungssteuer,

die damit schmackhafter gemacht wurde, daß sie durch Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgeglichen werden und als besserer Wertmesser für die Miete bei Abschluß von Lohnverträgen dienen sollte. Die Hausbesitzer haben auf diese Mieterhöhung keinen Anspruch. Im Gegenteil, sie haben durch ihren Ein- fluß in den Länderparlamenten meist mehr erhalten als ihnen aus dem Inflationsgewinn zukam. Das Gute der Mieterhöhung war, daß auch dem Wohnungsbau Mittel zuließen. Erst seit 1927 kam der Wohnungsbau ertragreich in Gang, während er jetzt durch die Notverordnung abgetrosselt wird.

Welche Stellung hat die Sozialdemokratie zur Umwandlung der Hauszinssteuer einzunehmen?

Es können Einwendungen dagegen nicht erhoben werden, daß der Inflationsgewinn, das heißt die Differenz zwischen Aufwand des Hausbesitzers und der Friedensmiete, weg- gesteuert wird. Ob das in Form der Hauszinssteuer oder in einer Rente des kapitalisierten Gewinns abgegolten wird, kann der Mieter gleichgültig sein. Bei der Kapitalisierung muß der Kleingehaltbesitzer geschont werden. Einen da- hingehenden Antrag hat die sozialdemokratische Reichstags- fraktion im Reichstag eingebracht. Die Hauszinssteuer in der alten Form war viel zu roh und schematisch. Wir müssen unterscheiden zwischen dem Hausbesitzer, der zur Entlaste- rung eigener Lasten eine oder zwei Wohnungen gegen geringe Miete abgibt und dem Großhausbesitzer, der aus dem Ver- mieten von Wohnungen ein Gewerbe macht. Hier muß die Neuverteilung ordentlich eingreifen. Es muß weiter verhindert werden, daß die alten Häuser durch falsche Steuermaßnahmen verfallen, weil dadurch die Wohnungsnot vermehrt wird. Natürlich muß die kapitalisierte Hauszinssteuer öffentlichen Zwecken dienstbar gemacht werden, am vorteilhaftesten für den Wohnungsbau.

Ganz anders verhält es sich mit dem Steuertrag, der aus der Mieterhöhung gewonnen worden ist. Hier muß verhindert werden, daß er mit der Aufwertungssteuer verknüpft wird, weil das eine Dauermieterhöhung gleichkame. Daß diese dem Hausbesitzer zugute kommt, muß ebenfalls verhindert werden.

Die von der Reichsregierung geforderte Lohnsenkungs- kampagne hat zu einer Lohnsenkung bis zu 12 v. H. geführt. Da die Mieterhöhung durch Lohnerhöhung abgegolten werden sollte, so redifiziert sich nach dem Lohnabbau

### eine Mietsenkung.

Die Mieterhöhung wurde auf 2 Pf. Stundenlohn umgerechnet. Die Lohnsenkung ist zwei- bis dreimal so hoch wie dieser Bei- trag. Andererseits darf die Mietsenkung keinen Anreiz zur wei- teren Lohnsenkung bieten.

Beides ist zu erreichen. Man setze die gesetzliche Miete auf die Friedensmiete fest, setze an Stelle der Mieterhöhung eine Wohnbausteuer, und diese steigere man progressiv. Anknüpfend an den Vorschlag, die kleinen Hausbesitzer von der Kapitalisierung der Hauszinssteuer zu befreien, lasse

man alle Mietern unter 100 Mk. jährlich von der Wohnbau- steuer frei. Für die Miete von 101 bis 400 Mk. erhebe man 10 v. H. der Friedensmiete als Wohnbausteuer und erhöhe sie um je 300 Mk. mehr Miete um einen weiteren höheren Satz usw. Das ergibt eine Senkung der Mieten für die kleinen Wohnungen und einen sozialen Ausgleich bei der Steuer. Er- fahrungsgemäß sind die Mieten der kleineren Wohnungen im Verhältnis teurer als die großen Wohnungen. Durch die Pro- gression der Steuer könnten auch die Luxushausmieten stärker besteuert werden. Die Steuer verwendete man

**Massschichtlich für den Kleinwohnungsbaun,** erhöhe den Zuschuß für die einzelne Klein- wohnung und senke so die Mieten dieser Neubau- rungen. Der Ertrag dieser Steuer würde eine Milliarde Mark je Jahr überschreiten und der Wohnungsbau wäre für Jahre gesichert. Der Wohnungsbau könnte planmäßig betrieben werden, die Arbeitslosigkeit würde abnehmen und die Woh- nungsmangel würde weichen. Eine Gefahr der Lohnsenkung be- stünde nicht.

## Das Wohnungsproblem Wien

von Rich. Lipinski

Die rote Gemeinde Wien hat in der Zeit von 1919 bis Ende 1930 46 000 Wohnungen erbaut, darunter 5000 Einfamilien- häuser, die zum größten Teil von der Gemeinde finanziert worden sind. Das sind 9 v. H. aller Wohnungen in Wien. Auf das Bundesland Oesterreich übertrug die Verhältnisse Zahl geringer sein. In Deutschland beträgt für dieselbe Zeit der Reingehang von Neubauwohnungen 2,5 Millionen oder 15,5 v. H. der Gesamtzahl der Wohnungen. Die Gemeinde Wien steht also in der Mengenschätzung weit hinter Deutsch- land zurück, und dennoch beschäftigen sich Wohnungsinter- essen in Europa mit dem Wohnungsproblem der Gemeinde Wien. Woher kommt dieses allgemeine Interesse? Ist es eine Spitzenleistung oder ist es das Ergebnis einer geschickten Propaganda? Die Meinungen über die Wiener Leistungen gehen weit auseinander. Die einen tadeln, daß statt der Gartenstadt mit Einfamilienhäusern in Flachbau dem Hochbau der Vorrang gegeben worden ist, daß die Wohnungen in den Hochhäusern zu klein sind und dem Kulturbehelfnis der Arbeiter zu wenig Rechnung tragen, daß die niedrigen Mieten zum Niedrighalten der Löhne führen, die sich gegenüber den Löhnen anderer Industrielande als Dumping auswirken. Der andere Teil lobt die Art des Bauens, daß ausschließlich für Arbeiter und Angestellte Wohnungen gebaut und die Mieten niedrig gehalten worden sind.

Da es sich hier um grundsätzlich wichtige Fragen handelt, ist eine Klärung auch im Interesse der deutschen Arbeiter- geboten.

Will man ein Urteil darüber abgeben, ob die Art der Wiener Bauens für den Mieter einen wesentlichen Kulturfort- schritt bedeutet, dann muß man die Wohnungsverhältnisse in Wien vor dem Kriege in Betracht ziehen.

Die Bauordnung vom Jahre 1883 ließ zu, den Boden bis zu 85 v. H. zu bebauen. Es konnten in den Geschloßhöfen Kellern Wohnungen eingebaut und die Häuser bis zu 25 Meter hoch gebaut werden. Für Belichtung und Lüftung sollten bei dieser Geschloßhöhe schon 10 Quadratmeter Hofraum genügen. Wasserleitung und Abort konnte auf dem gemeinsamen Gang angebracht werden. Die Gemeinde besaß kein Ent- eignungsrecht für Erschließung von Baugelände oder Straßen- anlagen; erst wenn ein Unternehmer auf neuem Gelände bauen wollte, konnte die Gemeinde das Areal für die Stra- ßen erwerben. Die Bundesregierung verwehrte auch der Stra- ßen Gemeinderwaltung Wien das Enteignungsrecht.

Es war ganz natürlich, daß sich unter diesen Umständen eine rücksichtslose Spekulation mit dem Boden herausbildete und von den Rechten, die die Bauordnung gewährte, weis- selnd Gebrauch gemacht wurde. So entstanden jene Miet- kassernen mit langen Gängen, an denen bis zu 17 Klein- wohnungen lagen, bestehend aus Stuben und Küche, letztere vom halbtägigen Gänge aus belichtet und gelüftet. Nur 14 v. H. der Wohnungen hatten Gas, 7 v. H. elektrisches Licht. Auf dem Gänge war für alle Mietparteien ein Wasserleitungs- hahn, und für je zwei Mietparteien ein Wasserleitungs- hahn. Der schmale Hof ließ das Sonnenlicht nicht bis zu den tiefer gelegenen Geschossen. Für diese Wohnhöfen mußten durchschnittlich 30 Kronen — 24 Mk. — pro Monat gezahlt werden. Davon beanspruchte die Stadtverwaltung nach allem österreichischen Recht 12 Kronen — 8,50 Mk. — als Steuer und bestreift mit dieser Steuer nahezu die Hälfte der Gemeindefragen. Damals hatten die bürgerlichen Par- teien im Gemeinderat die Mehrheit, sie wahrten die Haus- besitzerinteressen. Für die Mieter war wenig zu retten und

nungsmangel würde weichen. Eine Gefahr der Lohnsenkung be- stünde nicht.

Da die Neubauwohnungen nur durch den hohen Zinssatz so verteuert worden sind, daß Kapitalhot — abgesehen von der jetzt bestehenden Verknappung der Zahlungsmittel — auf die Dauer nicht bestehen bleiben kann und der Zinssatz sich senken muß, so kann dieser Prozeß auch durch Zinssenkung beschleunigt werden und die Neubauwohnungen können aus der für sie jetzt schwierigen Lage befreit werden.

Die Sorge ist, was wird aus den Finanzen der Ge- meinde. Sie werden am ehesten durch Belegung des Arbeits- losenzahls, dann sinken auch die Ausgaben der Wohlfahrts- ausgaben der Gemeinden. Bis dahin kann man ihnen die Ein- nahmen aus der Kapitalrente der Hausbesitzer zuweisen. Das vorwiegendste ist jetzt die Arbeitslosigkeit bald zu bannen. Die Belegung des Baumarktes als Schlüsselindustrie würde sicher dazu wesentlich beitragen.

Die Hausbesitzer hatten gute Tage. Die Mieter suchten sich durch Aufnahme von Unterkletern und Bettelgehern zu helfen, steigerten aber dadurch das Wohnungseld ins Ungesamene. Eine Wohnung, bestehend aus Küche und Kammer, umfaßte 16 bis 18 Quadratmeter, eine solche bestehend aus Wohnstube und Küche 25 bis 28 Quadratmeter Wohnfläche. Bei der Woh- nungszählung vom 12. April 1917 wurden 405 991 oder 73,2 v. H. aller Wohnungen als Kleinwohnungen festgestellt.

Dem Wohnungseld galt es nach den Weltkriegs zu begegnen. Dem stand entgegen, daß der alte Gemeinde- rat keine Kassen hinterlassen hatte, daß der Gemeinde gehörende Boden für den Wohnungsbau im wesentlichen nicht in Betracht kam, geeigneter Boden sich im Privatbesitz be- fand und nicht enteignet werden konnte. Die alte Mieterverei- nigung durch die Inflation bedeutungslos geworden und wurde schließlich ganz aufgehoben.

Die Inflation nahm nicht wie in Deutschland einen abrupten Verlauf — der Wert der Goldmark sank bis September 1923 auf eine Billion Papiermark —, sondern vollzog sich lang- samer und erreichte im Oktober 1922 ihren Höhepunkt. Die österreichische Goldkrone — eine Krone gleich 80 Pf. — sank auf 14 400 Papierkronen. Die Staubstimmung der Währung vollzog sich auch langsamer als in Deutschland, eine Auf- wertung aller Forderungen — Hypotheken, Sparreife, Anleihen — fand nicht statt, und so stand der Bundes- staat mit bürgerlicher Mehrheit vor der Aufgabe, einen neuen Verfassung für den entwerteten Grundbesitz und die Mieten zu schaffen. Ganz wie in Deutschland war der Hausbesitz mit 2 bis 3 % des Grundstückswertes verschuldet und trug mit Papierkronen (mit Beihilfen) seine Schulden ab.

gewertet, verloren Sparer und Hypothekengläubiger ihr Ver- mögen, so war es das Gegebe, die allgemeine Entwertung auch auf den Boden auszudehnen. Bundesregierung und Bundsparlament setzten die Gesetzliche Mieten so fest, daß jede Friedensmiete am 1. August 1929 mit 20 Groschen — 14 v. H. der Friedensmiete, 1. August 1930 mit 24 Groschen — 15 v. H. der Friedensmiete, 1. August 1931 mit 27 Groschen — 17 v. H. der Friedensmiete bemessen wurde. Ein Groschen gleich 0,6 Pf. deutscher Währung.

Für Wohnungen, die vor dem Kriege 1000 Kronen, und für Geschäftslokale, deren Friedensmiete 1200 Kronen betrug, wurde ein Zuschlag von 4 Groschen zugelassen. Werden keine Wohnungen neu vermietet, so darf der Hausbesitzer keine verlangen. Eine Bestimmung, die durch die Miete, daß vom Mieter einmahl eine größere Summe neben der Miete verlangt wird, also auch, wie bei uns, Mietwucher ge- trieben wird. Für Wohnungen, deren Friedensmiete mehr als 2000 Kronen betrug, und für Geschäftslokale, für die mehr als 4000 Kronen Friedensmiete bezahlt wurde, darf der Haus- besitzer eine höhere Miete als die gesetzliche verlangen.

Nach diesen Mietbestimmungen sind also für eine Wohnung für die eine Friedensmiete von 30 Kronen gezahlt wurde, ab 1. August 1931 monatlich 8,10 Schilling zu zahlen — 4,56 Mk. Eine Mieterhöhung ist zulässig, wenn die gesetzliche Miete für die Instandhaltung des Hauses nicht ausreicht. Übersteigt dann die Miete 40 Groschen je Friedensmiete, so kann die Gemeinde bedürftigen Mietern solcher Häuser einen Mit- zuschlag gewähren, so daß sie auf keinen Fall stärker als mit

40 Groschen, also 28 v. H. der Vorkriegsmiete belastet werden. Dieser Zuschlag wird aus der Bodenwertabgabe bestreiten.

In Oesterreich ist der Mietertrag dauernd — nicht wie in Deutschland nur auf bestimmte Zeit — unter sozialen Schutz gestellt. Die Bestimmungen gegen willkürliche Erhöhung der Mieten und des Kündigungserlöses sind durch das Miet- gesetz vom 7. Dezember 1922 bleibendes Recht geworden.

Nun ist aber noch eine besondere österreichische Eigenüm- merlichkeit zu beachten. Wien ist Gemeinde und zugleich Land und des Bundes. Durch diesen Doppelcharakter ist der Stadtbesitzer von Wien Vollzugsorgan des Bundes zugleich aber auch Gesetzgeber im Rahmen der Bundesgesetzgebung und kann eigene Steuern beschließen. Die Gemeinde Wien, wie das Land Wien, hat eine sozialistische Mehrheit. Bei den letzten Wahlen erhielt die Sozialdemokratische Partei 40,2 v. H. der abgegebenen Stimmen, bei einer Wahlbereiti- gung von 92 v. H. der Wahlberechtigten. Diesen Erfolg dankt die österreichische Sozialdemokratie dem Umstande, daß wäh- rend des Weltkrieges das Parlament nicht berufen wurde, die Partei also gesetzgeberisch praktisch zum Kriege nicht Stellung zu nehmen brauchte, den Krieg verurteilte und be- kämpfte und weder während noch nach dem Weltkrieg eine Spaltung der Arbeiterklasse wie in Deutschland kannte. Sie erhielt ihre Geschlossenheit der Vorkriegszeit und konnte ihre Organisationskraft und Erfolge steigern.

Die Folge ist, daß zwar für die Zusammensetzung des Stadt- senats die Verhältniswahl besteht, die Minderheit also im Senat vertreten ist, zu amtierenden Stadträten aber nur Personen der Mehrheit bestimmt werden, und so der Senat rein sozialistisch ist. Die Machtfrage zwischen bürgerlichem und Arbeiterklasse ist gelöst, und ein reibungs- loses sozialistisches Arbeiten in der Gemeinde ist geworden, soweit das Bundesparlament mit bürgerlicher Mehrheit keine Schwierigkeiten macht.

## Die Stollungsbauteil Wiens

Wie bereits erwähnt befindet sich der für den Wohnungsbau geeignete Boden in Privatbesitz und konnte nicht enteignet werden. Die Gemeinde mußte das meiste Baugelände vom Privatbesitzer kaufen. Ihr kam die Geldentwertung zugute, doch hatte sie auch mit eigenwilligen Grundbesitzern zu tun, die sich der Veräußerung widersetzten und dadurch eine großzügige Ausnutzung des Baugeländes verhinderten.

An dem Randgebiet errichtete die Gemeinde zunächst drei Musterwohnungen mit 265 Einfamilienhäusern, unterstellte dann Baugewerkschaften dadurch, daß sie vom Steller ein Aufkommen der Baukosten von 15 v. H. verlangte und 85 v. H. der Baukosten als Zuschuss gewährte. Die 15 v. H. wurden durch 1200 bis 1300 aus dem Stelleren geleisteten Arbeits- stunden aufgebracht, für die ihnen der Lohn gutgeschrieben wurde. Der Boden wurde im Eigentum der Gemeinde und wurde mit 3% Proz. des Preises des entwerteten Bodens verzinst verwendet, die Bankzinszuschüsse wurden in Hypotheken um- gewandelt und mußten mit 8% Proz. verzinst werden. Einkommen werden die Zinsen nur, insoweit die Hausbesitzer dafür Deckung bieten. Die gewerkschaftlichen Bauten, die sich auf städtischem Boden befinden, erhielten ein Baurecht bis zum Jahre 1960. Nach Erlöschen des Baurechts fällt das Haus an die Gemeinde, die aber an den Baurechtsgeldern gewisse Ent- schädigungen zu leisten haben wird. Bis Ende 1926 wurde diese Art der Stollungsbauteil fortgesetzt, dann aber ein- gestellt. Bis dahin wurden 3400 Stollungsbauteil errichtet. Die Wohnungen haben eine Wohnfläche von 62 Quadratmeter, später ist noch ein kleinerer Typ mit 45 Quadratmeter Wohnfläche und Stallbau errichtet worden. Diese Wohnungen haben Aussicht an die Wasserversorgung und Kanalisation, elek- trisches Licht und Gas. Wo der Anschluß an die Kanalisation ausgeschlossen ist, sind Toilettenbehälter angeschlossen, jedoch nur vorzuzahlend. Der Mietzins wird der Miete des betreffenden kleinen Baurechtsgelände gegeben.

Setzt 1927 hat die Gemeinde die Familien- häuser mit einer Ausnahme — selbst, und hat 1600 Stollungsbauteil errichtet, Prekzise ist es auch gleichgültig, ob die Gemeinde 85 oder 100 Anteile der Baukosten übernimmt. Diese Familienhäuser werden, wie die Geschloßwohnungen, vorverkauft. Der Mietzins wird der Miete des betreffenden Grundstückes angepaßt.

Daneben hat die Gemeinde noch eine Gesellschaft Heim- bauhilfe mit einem Kapital von 3 Millionen Schilling — 1 500 000 Mk. — gegründet, „Gehilfe“, deren Aufgabe es ist, spezialisierten Familien, die leistungsfähig sind, den Erwerb eines Familienhauses zu erleichtern. Diese Familienhäuser, in Bau- reifem Zustand ausgeführt, werden an Einzelpersonen in Bau- zahlung abgegeben, sie haben 25 v. H. der Baukosten als An- zahlung zu leisten, während zur Deckung der restlichen Kosten bis zu einem Betrag von 1000 Schilling — 500 Mk. — ein mit 4 Proz. zu verzinsendes Darlehen gewährt wird.

Diese Häuser werden nach verschiedenen Grundrissen und in verschiedenen Größen — nach den Bedürfnissen der Stel- ler gebaut.

Bei den Stollungen übernimmt die Gemeinde die Kosten der Verkehrsstraßen, während die Wohnwege in den Stel- lungen die Genossenschaften übernehmen müssen. Bei den stollungsartigen Bauten trägt die Gemeinde alle Straßenkosten. Erst hat man Wohnflächen mit Küche gebaut, ist dann aber später davon abgekomen und hat kleine Küchen ge- baut, für den verbleibenden Teil der Wohnfläche über einen selbständigen Wohnraum geschaffen.

## Der Geschloßbau

Es stellte sich sehr bald heraus, daß mit den Einfamilien- häusern die starke Nachfrage nach Wohnungen nicht gedeckt werden konnte. Dazu kam der Mangel an geeigneten Bau- gelände und die Gemeinde mußte zum Geschloßbau über- gehen. Vor allem mußten Mittel für den Wohnungsbau über- schaffl werden. Zwar wurde 1927 eine Auslandsanleihe in Höhe von 30 Millionen Dollar zu 6 v. H. Zinsen mit einer Laufzeit von 25 Jahren aufgenommen, allein bei dem kapitel- anmen Lande war Inlandsanleihen nicht genügend zu haben und weitere Auslandsanleihen erst recht nicht. So mußte ein anderer Weg gesucht werden, laudende Mittel für den Woh- nungsbau bereitzustellen. Da kam den Wienern die alte ab- geschaffte Meisterschaft als Beispiel zur Hilfe. Am 1. Mai 1922 wurde eine allgemeine Mietobergrenze eingeführt, deren Erfolge dem Wohnungsbau zulassen. Ein Jahr später, am 1. Februar 1923, wurde die Mietobergrenze durch eine entsprechende Woh- nungsbau abgeändert, die am 1. November 1924 weiter aus- gearbeitet worden ist und ausschließlich die Wohn- ungsbau dient. Diese Wohnmiete muß jedermann erhalten, der im Gebiete der Stadt Wien vermehrbare Räum- lichkeiten — Wohnung oder Geschäftsräume — in Gebäuden inne hat. Die Steuer ist progressiv aufzubau und wird nach der Friedensmiete bemessen. Alle Mieten, ob sie in allem oder neuen Wohnungen wohnen, müssen die Mietsteuer ent- richten, was bei den niedrigen Mieten keine unüberwindliche Be- lastung der Mieter bedeutet. Die Steuer wirkt sich in folgen- der Weise aus:

Geldwert der Friedensmiete je Jahr	Wohnung	Steuer je Jahr	Voltsprozente
300	Arbeiterwohnung	18,80	20
600	Kl. Bonnierwohn.	18,00	20
1 200	Mittl. Bonnierwohn.	42,00	24
1 800	Gute Bonnierwohn.	72,00	37
2 400	Mittelsandwohn.	108,00	31
3 000	"	150,00	34
5 000	"	420,00	58
10 000	Luxuswohnung	1 620,00	112
50 000	"	22 700,00	112
100 000	"	62 700,00	36,6

Die Steigerung bedingt also das gleiche bei den höchsten Rechenüber der niedrigen Miete, bedürftigen werden Woh- nungen und Geschäftsflächen auch dann, wenn es sich um eigene und nicht um Mietflächen handelt.

Die Steuer erhebt jährlich etwa 37 Millionen Schilling, das ist in Gold umgerechnet ein Produkt der Haussteuer der Vorkriegszeit und etwa 7 v. H. der gesamten Wiener Vorkriegsmiete. Seit 1. August 1929 besteht noch eine Bundessteuer auf Wohnungen, das sogenannte „Zinkergeld“. Sie beträgt ab Mai 1929 zwei Groschen — 1,2 Pf. — je einer Krone Friedensmiete. Der Ertrag dieser Steuer dient zur Verzinsung von Obligationen, die zur Verbesserung des Wohnungsbau an- gegeben werden. Die Gemeinde macht sich auch diese Steuer für den Wohnungsbau dienstbar.

Soll Freilichtbau bestellte eine neue Bauordnung, die neben Kernregelung der Bauvorschriften auch der Bauverfahren der Gemeinde das Recht gibt, die für Verkehrszwecke nötigen Bauvorschriften zu erlassen. Auf die Bauverfahren der neuen Bauordnung kann hier nicht eingegangen werden. Nur soweit sie hervorzuheben, daß für den Landbau der Straßen und Plätze 45 Cent vorzuzahlen sind, so daß auch für die Freilichtbauverfahren die typische alle Arbeiterklasse zu bauen aus- geschlossen ist.

Die Gemeinde hat einschneidend die Baugesetze des Reichs- baus bis zu sechs Geschossen im Grenzrahmen gebaut, aber zu bebauenden Boden ist für den Wohnungsbau, gegen 85 v. H. der Vorkriegsmiete, bis zum 30 v. H. vorverkauft worden. Bei den neuen Bauten ist man, wie beim Karl-Marx-Hof, auf 15 v. H. der Baufläche zurückgegangen. Durch diese Vorordnung sind große Innenflächen im Baublock erreicht worden, die mit Einfamilien-, Schulplätzen für Kinder, Parks, etc. versehen, sogar mit Stätten ausgespart werden sind. Bei großen Wohnblöcken sind Gewerkschaftswirtschaften und